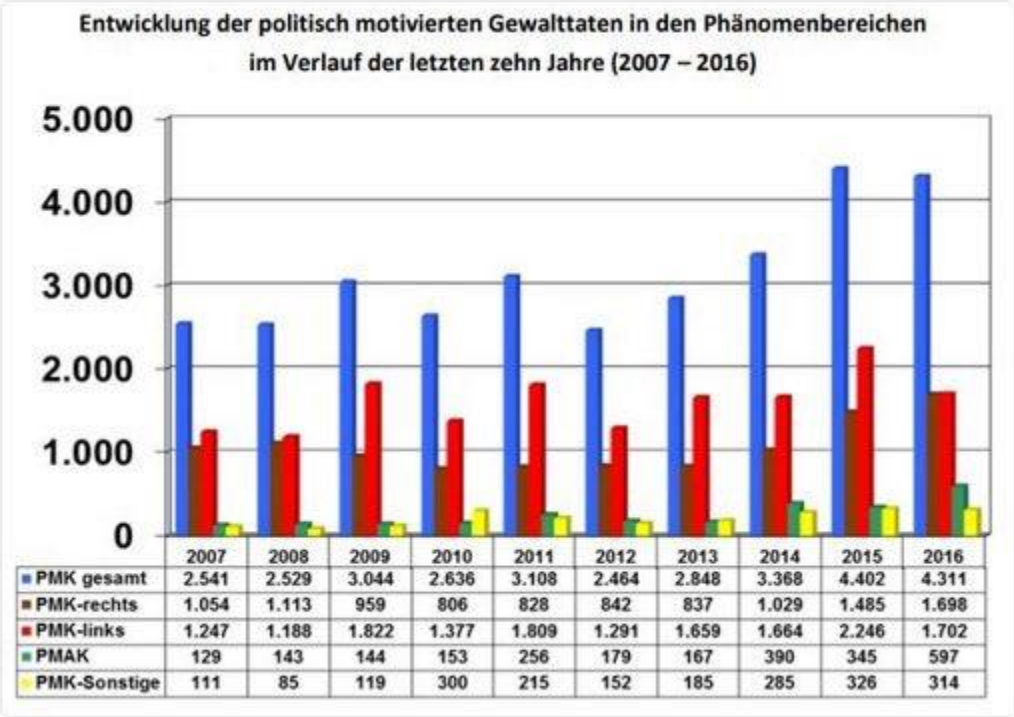
Presse und Internet - Linksextremismus und linksextreme Militanz sowie angrenzende Themen, zusammengestellt bis zum 13.07.2017

Aus dem Inhalt:
Europäische Linksextremisten verwüsten Hamburg
Wie weiter mit der Extremismus-Prävention?
„Netzwerkdurchsetzungsgesetz" gegen „Hass im Internet"

Prävention
Sabine Menkens: Nach Gewalt in Hamburg. „Die Folge einer Politik, die so getan hat, als gäbe es keinen Linksextremismus", Die Welt, 11.07.2017.
https://www.welt.de/politik/deutschland/article166509769/Die-Folge-einer-Politik-die-so-getan-hat-als-gaebe-es-keinen-Linksextremismus.html
„„Machen wir präventiv genug gegen Linksextremismus? Darüber muss Ministerin Katarina Barley mal nachdenken!", twitterte Michael Grosse-Brömer, parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion am Montag. Und Familienministerin Barley (SPD) konterte nicht minder provokativ: „Unter SPD-Führung hat BMFSFJ zweieinhalb mal soviel gegen Linksextremismus investiert wie unter schwarz-gelb. CDU auf linkem Auge blind?"
Der Kampf um die Deutungshoheit, das macht dieser Schlagabtausch klar, er hat gerade erst begonnen. […]
Die Haushaltsmittel für Prävention und Demokratieförderung wurden im Laufe der Legislatur auf 115 Millionen Euro fast verdreifacht, ein Programm gegen Islamismus ist in Vorbereitung. Repression und Prävention, so die Botschaft, seien zwei Seiten derselben Medaille: die einer wehrhaften Demokratie, die sich gegen extremistische Tendenzen aus dem rechts- und linksradikalen sowie dem islamistischen Spektrum wappnen muss. […]
Nur drei von annähernd 130 Modellprojekten des vom Familienministerium betriebenen Programmes „Demokratie leben" widmen sich gezielt der Radikalisierungsprävention im Bereich „Linke Militanz", darunter ein Aufklärungsprogramm der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen. Von einer Ausweitung der Investitionen kann in diesem Bereich also keine Rede sein. […]
Schröder vermutet hingegen, dass „ideologische Gründe" für das Aus verantwortlich waren. „Man wollte das Phänomen nicht wahrhaben, weil es nicht ins eigene Weltbild passte, dass auch eine linke Weltanschauung menschenfeindlich und brutal werden kann", sagte sie der WELT. „Jetzt zeigen sich die Folgen einer Politik, die systematisch so getan hat, als gäbe es keinen Linksextremismus – oder als sei er weniger gefährlich und menschenverachtend als der Extremismus von rechts."
Einkassiert wurde auch die sogenannte „Demokratieerklärung", die Schröder den Projektpartnern noch abverlangt hatte. […]
Dass einige Initiativen die Erklärung nicht unterschreiben wollten, ist ein deutlicher Hinweis darauf", sagte Schröder. Es sei nicht auszuschließen, dass sich über die geförderten Projekte „auch Initiativen über Wasser halten, die zur Sympathisantenszene der militanten Antifa und des Schwarzen Blocks gehören". […]
Im Familienministerium gab man sich unterdessen kampfeslustig. Im Gegensatz zur Förderperiode 2011 bis 2014 seien die Mittel für Projekte gegen linke Militanz in der Förderperiode von 2015 bis 2019 sogar ausgeweitet worden, und zwar von zwei Millionen auf 5,3 Millionen Euro, stellt ein Sprecher klar: „Nie wurde vom BMFSFJ mehr Präventionsarbeit gegen Linke Militanz gefördert als heute. Nach einem in diesem Jahr durchgeführten Interessenbekundungsverfahren seien inzwischen vier neue Modellprojekte „im Stadium der Antragstellung".
Für eine Wiederaufnahme der Demokratieerklärung sieht das Haus allerdings keine Notwendigkeit."



	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
PMK gesamt	2.541	2.529	3.044	2.636	3.108	2.464	2.848	3.368	4.402	4.311
PMK-rechts	1.054	1.113	959	806	828	842	837	1.029	1.485	1.698
PMK-links	1.247	1.188	1.822	1.377	1.809	1.291	1.659	1.664	2.246	1.702
PMAK	129	143	144	153	256	179	167	390	345	597
PMK-Sonstige	111	85	119	300	215	152	185	285	326	314

HSH
https://www.facebook.com/stasigefaengnis/?hc_ref=PAGES_TIMELINE&fref=nf
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, 7. Juli 2017 um 07:41 · .
„G 20: Gedenkstättendirektor fordert Programme gegen Linksextremismus
Knabe: Bundesregierung muss mehr gegen extremistische Gewalt tun
Der Direktor der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, hat die Bundesregierung aufgefordert, mit speziellen Programmen gegen die wachsende Gewaltbereitschaft von Linksextremisten vorzugehen. „Angesichts der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Hamburg muss das Wegschauen vor den Gefahren des Linksextremismus ein Ende haben. Die Bundesregierung muss mehr gegen die extremistische Gewalt von Links tun, so wie sie das seit Jahren gegen die Extremisten von rechts tut," erklärte der Historiker am Freitag (7.7.). Die Präventionsprogramme des Familienministeriums müssten dazu grundlegend überarbeitet werden.
Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist bundesweit die einzige Einrichtung, die junge Menschen systematisch über linksextremistisches Gedankengut aufklärt. Seit 2011 nahmen mehr als 20.000 Jugendliche an entsprechenden Seminaren teil. Ein spezielles Förderprogramm mit dem Titel „Initiative Demokratie stärken" (http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/index.ph…) wurde 2013 von der damaligen Bundesfamilienministerin Manuala Schwesig eingestellt."

Presseerklärung. G 20: Historiker fordert Programme gegen Linksextremismus, Tichys Einblick, 8. Juli 2017. https://www.tichyseinblick.de/meinungen/g-20-historiker-fordert-programme-gegen-linksextremismus/
„Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist bundesweit die einzige Einrichtung, die junge Menschen systematisch über linksextremistisches Gedankengut aufklärt. Wir dokumentieren die Presseerklärung der Gedenkstätte."

Torsten Preuß interviewt Hubertus Knabe: Gewalt ist chic in Hamburg? Linksextremismus, Tichys Einblick, 7. Juli 2017. https://www.tichyseinblick.de/meinungen/hubertus-knabe-linksextremismus/
„Es gibt Medien, politische Parteien und Gruppierungen, die diesen Gewalttätern erst den öffentlichen Raum geben, auf dem sie politisch wirksam werden. Ohne diesen wären sie weitgehend

bedeutungslos.
Wer mit Gewalttätern sympathisiert oder sich mit ihnen zusammentut ist, selbst einer.
Von ihrem eigenen Verständnis her sicher nicht. Sie sagen, wir üben keine Gewalt aus, wir haben damit nichts zu tun. Aber es ist immer das gleiche Schema: Die Linke ruft zu Protesten auf, von denen sie weiß, dass diese auch gewaltsam sein werden. Sie legen damit quasi das Fundament, auf dem andere Gewalt anwenden können Da sich die Nicht-Gewalttätigen nicht klar von den Gewalttätigen distanzieren, vermitteln sie denen das Gefühl, sie sind Teil einer gemeinsamen Protestwelle.
Wenn ‚Rechte' zu so einer Gewaltorgie wie in Hamburg aufrufen würden, wären die Reaktionen ganz anders.
Die öffentliche Stigmatisierung von linksextremistischen Straftaten ist deutlich schwächer als die von rechtsextremistischen – leider. Das hat dazu führt, dass linksextreme Gewalt in manchen Kreisen durchaus hoffähig ist. […]
Jugendliche rebellieren eher gegen Autoritäten als 60jährige. Sie sind auch eher für Schlagwörter wie Gleichheit oder Gerechtigkeit zu begeistern – weil sie sich ja selbst meistens noch keinen Besitz erarbeitet haben. Und sie tendieren auch eher zu einfachen politischen Erklärungsmuster. Wenn man zum Beispiel sagt, Schuld am Hunger in Afrika ist der Kapitalismus, klingt das für viele erst einmal einleuchtend. Ähnlich ist es, wenn man behauptet, dass die Banken für das Elend dieser Welt verantwortlich sind. Erst wenn man sich näher mit den Dingen beschäftigt, stellt man fest: So einfach ist das alles nicht. Im Gegenteil, durch den Kapitalismus, finanziert durch Banken, ist die Armut in der Welt massiv zurückgegangen. Wir reden mit den Jugendlichen darüber und reflektieren mit ihnen diese Behauptungen. Wir versuchen also gleichsam zu beschleunigen, was ein altes Bonmot so formuliert: Wer in seiner Jugend kein Kommunist ist, hat kein Herz. Wer in seinem Alter noch Kommunist ist, hat keinen Verstand. […]
In den Schulen spielt das Thema Linksextremismus praktisch keine Rolle. Rechtsextremismus, Nationalsozialismus ja, aber nicht Linksextremismus."

Willkommen in der Hölle. Gewalt von links. Ein Thema - viele Perspektiven, Moderation: Claudia Sautter, 18:05 Uhr Der Tag, HR-Online, 06.07.2017 http://www.hr-online.de/website/radio/hr2/kalender3758.jsp?rubrik=3758&r=6&y=2017&t=20170706
„Sie sind viele. Und sie wollen es den Mächtigen in Hamburg beim G20-Gipfel mal so richtig zeigen. Autonome, Anarchisten, interventionistische Linke, Antiimperialisten, Schwarzer Block: Im "Who is who" der Gegner des globalen Kapitalismus stehen verwirrend viele Gruppen. Was sie politisch unterscheidet, verstehen möglicherweise die Spezialisten beim Verfassungsschutz. Normalbürger aber gewiss nicht. Und die in Hamburg aufgebotenen 20.000 Polizisten auch nicht. Jeder aber versteht das Motto der Demonstranten: Willkommen in der Hölle. In der Hölle? Dort stinkt es bekanntlich nach Schwefel, dort brennen die Sünder. Und Linksextreme Gruppen nehmen das offenbar wörtlich. Ihre Gewaltbereitschaft ist laut Verfassungsschutz gestiegen. Und zwar so sehr, dass der rote Berliner Innensenator linksextreme Aktivisten als "brutale Gangster" bezeichnet. Stimmt das?" u.a. mit Hubertus Knabe

Linke Kritik am Linksextremismus: Conne Island versus IL
Conne Island, Roter Salon: Eine Kritik der G20-Proteste. Hölle, Hölle, Hölle: Der Vorschein des Schlimmeren, Jungle World, 29.06.2017. https://jungle.world/artikel/2017/26/hoelle-hoelle-hoelle-der-vorschein-des-schlimmeren
„Die Mobilisierung gegen den G20-Gipfel zeigt, dass die Linke aus der eigenen Geschichte nichts gelernt hat. […]
Die von Lenin gewählten Charakterisierungen für die Feinde des Sozialismus lesen sich heute als Ankündigung der Verfolgung von politischer Opposition und sozialer Differenz, die bereits den Beginn der gesellschaftlichen Transformation in Russland und nicht erst das Regime Stalins kennzeichnete. […]
Widmet man sich den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg, finden sich dagegen eher neuerliche Feindbildkonstruktionen und ein politischer Aktionismus, der die Bereitschaft zu

Bürgerkrieg, Gewalt und Terror gegen Andersdenkende anruft. Nach einem der zahlreichen Anschläge militanter G20-Gegner forderten die Urheber in einem Bekennerschreiben zu Hausbesuchen bei Hamburger Millionären auf; in einem anderen heißt es, man könne derzeit nur die »Maschine zum Stottern« bringen, aber »die Maschinisten nicht aufhalten«, gefolgt von der unverhohlenen Drohung: »noch nicht«. Eine weitere Selbstbezichtigung informiert, dass »Bullen mit Feuer« angegriffen wurden. Das sei gerechtfertigt, weil es sich bei »Bullen« um ein Werkzeug der Klassenjustiz handele. Mit den »Reichen«, den vage bleibenden »Maschinisten« und auch den »Bullen« geraten also wieder soziale Schichten sowie Gruppen vermeintlicher Funktionsträger in den Fokus linker Gewalt. Man fühlt sich an die »Only a dead pig is a good pig«-Rhetorik der Black Panther Party erinnert, die später von der RAF übernommen wurde. »Natürlich kann geschossen werden«, meinte Ulrike Meinhof, für die klar war, auf welcher Seite der Unterscheidung »Mensch oder Schwein« Polizisten einzuordnen waren. […]
Obwohl in den linken Aufrufen auf die Gefahr des Nationalismus hingewiesen wird, ist man nicht bereit, in seinem weltoffenen und politisch liberalen Widerpart das kleinere Übel zu erkennen. Der Gipfel wird vielmehr als Beweis angeführt, dass die »Gegenüberstellung von neoliberaler ›Vernunft‹ und rechter ›Unvernunft‹« durchbrochen werden müsse« (IL). Die Existenz unterschiedlicher politischer Freiheitsgrade wird selbst noch zum Verdachtsmoment gegen das System: »Die Herrschenden versuchen verzweifelt, die imperiale Lebensweise durch sogenannte liberale Demokratie zu verhüllen«, raunt es in der Mitteilung der IL verschwörungstheoretisch. […]
Doch über die Banalisierung linker Gewalt hinaus ist die Inszenierung der Militanz als Ankündigung des zukünftigen Umgangs mit Abweichlern, Nichtüberzeugten und Gegnern zu fürchten. In einem Selbstbezichtigungsschreiben der Gruppe »Eat the Rich« nach Brandanschlägen auf die Autos zweier Hamburger Millionäre formulierten die Autoren die Anregung, »die wilde Zeit des G20-Gipfels für Hausbesuche bei den weit über 40 000 Hamburger Milionär*innen zu nutzen und dies in den Aktionsplänen zu berücksichtigen«. Der von ihnen begangene Anschlag stehe zudem »in guter alter sozialistischer Tradition« und markiere das kapitalistische Eigentum, das stattdessen vielmehr Bedürftigen als Erholungsort zur Verfügung gestellt werden solle. Vielleicht lässt sich noch davon absehen, dass hier jemand ohne einen blassen Schimmer von der Verlogenheit der sozialistischen Erholungskultur spricht, die exklusive Ferienaufenthalte an politisches Wohlverhalten und Arbeitsleistung koppelte. Von der Benutzung ehemaliger Villen für Jugendwerkhöfe, Schulen und andere Instanzen der autoritären Disziplinierung ganz zu schweigen. Der Aufruf zum Hausbesuch indes, also zur Mob-Action gegen die sozialen Feinde, steht in der Tradition des revolutionären Terrors, aus dem vor 100 Jahren eines der unmenschlichsten Regime des vergangenen Jahrhunderts hervorging. Zwischen der mangelnden Wertschätzung liberaler Grundrechte, hinter die ein Projekt der Emanzipation nicht zurückfallen darf, und der Leichtfertigkeit, mit der Gewalt gegen Personen legitimiert wird, besteht ein Zusammenhang. Vor diesem Hintergrund erscheint der Rechtsstaat als Fluchtpunkt restlinker Vernunft, die angekündigte Randale in der Hansestadt dagegen als Vorschein des Schlimmeren.“

Hamburg G20 – linksextreme Chaos-Tage

Rudolf van Hüllen: Linksextreme Gefahr. Der Linksextremismus erhält parlamentarische und juristische Rückendeckung, Tagesspiegel, 11. Juli 2017. https://causa.tagesspiegel.de/politik/ist-linksextremismus-eine-unterschaetzte-gefahr/der-linksextremismus-erhaelt-parlamentarische-und-juristische-rueckendeckungnbsp.html

„Über die Gefahren, die vom Linksextremismus ausgehen, wurde viel zu lange hinweg gesehen. Doch bei der Bekämpfung von linksextremer Gewalt muss von Mechanismen Gebrauch gemacht werden, die sich gegen Rechtsextreme als wirksam erwiesen haben. […]
Die „Autonome Szene“ ist gewiss nicht klassisch-marxistisch „links“ - auch wenn der in ihr versammelte Mob sich regelmäßig in „Antifa“-Szenarien der 1930er Jahre hinein deliriert. Über die personelle Zusammensetzung weiß man wenig - wissenschaftlich geforscht wird dazu kaum. Bekannt ist, dass diese Klientel im Allgemeinen gebildeter ist als ihr rechtsextremes Pendant: „Links“ umfasst die Szene strenger marxistisch-leninistischer Dogmatiker, den harten militarisierten Kern der

anarchistischen „Autonomen“, aber auch den jugendlichen Teil einer Wohlstandslinken, die man besser als „juste milieu“ oder „gauche de caviar“ bezeichnen sollte. […]
Es handelt sich nicht zuletzt um den Nachwuchs der 68er-Generation, die ihrerseits mit der Erfahrung aufgewachsen ist, dass ein wenig linke Gewalt keineswegs karriereabträglich ist. Bei nicht wenigen der Täter führen polizeiliche Ermittlungen eben nicht ins sozial prekäre Milieu, sondern in die gepflegten Villen des Umweltmanagers, Universitätsprofessors, Politikers, Lobbyisten oder renommierten Rechtsanwalts. […]
Von Journalisten angefangen, die Gewalttäter gerne mal als „gegen rechts engagierte junge Leute“ oder „erlebnisorientierte Jugendliche“ verunklaren, über eine intakte Rechtsschutzversicherung („Rote Hilfe“), welche anders als ihre rechtsextremen und islamistischen Pendants keineswegs verboten ist, bis hin zur parlamentarischen Rückendeckung wird da alles aufgeboten, was dem gequälten Richter das kommode Versagen im Amt, also die Einstellung des Verfahrens, erleichtert. […]
Zum einen zieht die Erfahrung weitgehender Straflosigkeit in zunehmender Zahl jene „Eventgänger“ an, die rein kriminell und tatsächlich nicht politisch motiviert sind. Die Erfahrung zeigt ihnen, dass sie sich in der Kulisse einer linksextremen Gewaltdemo unsanktioniert ausleben können. […]
Zum zweiten sendet die Politik ständig falsche Signale an die tatsächlichen linksextremen Gewalttäter. Wenn bei Ereignissen, die als schwerer Aufruhr geplant und angemeldet sind, („Welcome to Hell“) hinterher keine Sanktionen gegen die politischen Urheber erfolgen, registriert der Revolutionär dies als Schwäche. Er wird sich nicht artig bedanken, sondern dem zurückweichenden Gegner nachsetzen, eskalieren und eine neue Etappe des revolutionären Kampfes anvisieren - alle linksextremen Strategien von Lenin über Trotzki, Mao Tse-Tung zu Antonio Gramsci folgen diesem Muster.
Das Ergebnis sind inzwischen zunehmende aktive Angriffe auf einzelne, ungeschützte Polizeibeamte, eine sinkende Hemmschwelle gegenüber auch potenziell tödlichen Anschlägen auf politische Gegner, aber auch ganz direkt die Reklamation territorialer Machtansprüche von linken Gewaltszenen in Berlin, Hamburg und Leipzig, die beanspruchen, das staatliche Gewaltmonopol in „ihren“ Vierteln außer Kraft zu setzen.
Die Polizei in der Bundesrepublik kennt seit 1952, als bei einer verbotenen Demonstration ein Kommunist durch eine Polizeikugel ums Leben kam, den ehernen Grundsatz, dass bei politisch motivierten Krawallen nicht geschossen wird. […]
Was wir nicht mehr brauchen, sind Betroffenheitsrituale und folgenlose Ankündigungen. Stattdessen gilt es, Maßstäbe zurückzugewinnen, die bei der Eindämmung von Rechtsextremismus angewendet werden: Dort waren Organisationsverbote, konsequente Haftstrafen und berufliche Konsequenzen für notorische Täter bekanntlich keineswegs wirkungslos.“

Thomas Schmoll: Gewaltexzess bei G-20-Gipfel. „Linke Äußerungen des Bedauerns sind Lippenbekenntnisse“ , Die Welt, 10.07.2017.
https://www.welt.de/politik/deutschland/article166480161/Linke-Aeusserungen-des-Bedauerns-sind-Lippenbekenntnisse.html
„Der Berliner Extremismusforscher *Klaus Schroeder* wirft Linken und Teilen der Grünen vor, die Gewaltorgien in Hamburg im Grunde zu unterstützen. Im Vergleich zum Umgang mit der AfD offenbare sich ein paradoxes Verhalten. […]
Klaus Schroeder: Linke und Grüne laufen in Demonstrationen mit, deren Initiatoren zum Rechtsbruch oder gar zur Gewalt aufgerufen haben. Nach Krawallen wie jüngst in Hamburg argumentieren sie genauso wie Linksextremisten und erklären angebliche staatliche Willkür zum Grund der Gewaltexzesse. Es ist paradox, dass Linke-Politiker der AfD geistige Brandstiftung vorwerfen, die zu Anschlägen auf Flüchtlinge führen, aber selbst kein Problem damit haben, verbal Kriminelle zu unterstützen, die Polizisten mit Steinplatten bewerfen. Die Linke distanziert sich nicht von Gewalt, Teile der Grünen tun sich schwer damit. Äußerungen des Bedauerns über Gewaltausbrüche sind Lippenbekenntnisse, die heimliche Sympathien verdecken sollen. Das gilt auch für Organisationen wie Attac. […]
Linke Gewalt- und Hassprediger dürfen sogar in den öffentlichen Medien auftreten. Kürzlich durfte

die Sprecherin der Interventionistischen Linken in einer ZDF-Talkshow schwadronieren. Dürfen Rechtsextreme auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen auftreten und zur Gewalt aufrufen? […]
Linke sowie Teile von SPD und Grünen stammen aus dem gleichen Milieu. Die demonstrieren zusammen, und wenn es dann mal zu Ausschreitungen kommt, begrüßen sie es nicht, verurteilen es aber auch nicht, ohne sich eine Hintertür offen zu halten. Der Kampf gegen rechts verbindet sie. […]
Zahlreiche Linke-Mitglieder in Hamburg kommen aus dem linksextremen Milieu und verhehlen nicht ihre Sympathien für die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ideen. […]
Auf linksextremen Portalen ist im Streit um die Rigaer Straße mehrfach erklärt worden, dass bisher keine Polizisten umgebracht worden sind. Die Betonung liegt allerdings auf ‚bisher'. Als Hamburger Chaoten beim G-20-Gipfel von einem Baugerüst Gehwegplatten auf Beamte warfen und ein Sondereinsatzkommando mit Sturmgewehren anrückte, hätte es auf beiden Seiten Tote geben können."

Nach G20-Krawallen. Experte erklärt falsche Wahrnehmung linker Gewalt, Focus, 11.07.2017.
http://www.focus.de/politik/deutschland/nach-g20-krawallen-manche-politiker-haben-sympathien-experte-erklaert-falsche-wahrnehmung-linker-gewalt_id_7339333.html
„Dass linke Politiker linke Gewalt verharmlosen würden, sei ein harter parteipolitischer - und auch vom Wahlkampf gefärbter Vorwurf, sagt *Matthias Micus* im Gespräch mit FOCUS Online. Der Extremismus- und Parteienforscher vom Institut für Demokratieforschung in Göttingen sieht das Problem nicht allein bei linken Politikern, sondern generell in einer falschen Akzeptanz linker Gewalt in unserer Gesellschaft.
Der Experte macht vier Faktoren aus, die zu einer falschen Wahrnehmung linksextremer Ansichten führen:

1. Linke Geschichte spielt im Bildungswesen kaum eine Rolle, Nazizeit dafür durchdringend […]
2. Verbreitete Akzeptanz linker Ideologien […]
3. Irrglaube, dass linke Gewalt nicht gegen Personen gerichtet ist […]
4. Selbsterfahrung führt zu stärkerem Verständnis - militante linke Jugendzeit kein Karrierehindernis

Dass die Selbsterfahrung einiger Politiker zu größeren Sympathien mit der linksradikalen Szene führt, schließt Micus nicht aus. „Eine militant linke Jugendzeit stellt im Unterschied zu einer rechtsradikalen Vergangenheit für Politiker ein eher geringes Karrierehemmnis dar." Das gelte im Übrigen nicht nur für die Politik. Auch an Hochschulen, im Kulturbereich und in den Medien gebe es eine ganze Reihe von Personen in Leitungsfunktionen, die etwa in den 1970er-Jahren in marxistischen, leninistischen und maoistischen Zirkeln aktiv gewesen sind."

Yves Bellinghausen: G-20-Proteste Linksradikal? Linksextrem? Linksautonom? 13.07.2017.
http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/g20-krawalle-was-ist-linksradikal-linksextrem-und-linksautonom-15102921.html
„Seit den G-20-Protesten ist die extreme politische Linke wieder im Fokus. Dabei werden die Begriffe linksautonom, linksextrem und linksradikal häufig synonym verwendet. Im Interview erklärt der Politikwissenschaftler *Thomas Noetzel*, wo die Unterschiede liegen. […]
Radikale wollen mit ihren Ideen an die Wurzel eines Problems gehen und deswegen auch keine Kompromisse eingehen. Extremisten gehen noch einen Schritt weiter. Zum Extremisten wird man, wenn man die Ideen auf die Straße bringt. Der Extremist nimmt den Radikalen erst richtig ernst – er setzt seine Ideen um. Viel problematischer finde ich im Übrigen die Schnittmenge aus Linksradikalen und Linksextremen.
Beide Gruppen haben gemeinsam, dass sie das bestehende System komplett ablehnen. Das halte ich für eine große Gefahr, gerade, weil Sympathien für diese Ideen bis weit in die Gesellschaft hinein verbreitet sind. Das hat sich auch wieder nach den G-20-Demonstrationen gezeigt. Schauen Sie sich etwa den Linken-Politiker Jan van Aken an, der Sympathien für die Rote Flora zeigt, obwohl er nicht linksradikal oder linksextrem ist. […]
Linksautonome legen viel Wert darauf, dass sie nicht parteiisch sind. Sie sehen sich jenseits der klassischen kapitalistischen Problematik. Hier geht es nicht mehr um die Arbeiterklasse oder den

Klassenkampf. Für Autonome stehen kulturelle Faktoren im Fokus. […]
Das ist eine Politisierung des Alltags oder eine „Politik der ersten Person“. Hier werden Ich-Ansprüche gestellt, obwohl Politik doch eigentlich kollektiv ausgerichtet sein soll. Man könnte die Geschehnisse von Hamburg als linksextremistischen Ausbruch von Narzissmus bezeichnen.
Wo ordnen Sie das Bündnis „Welcome to Hell“ ein?
Das ist für mich ganz klar extremistisch. Allein der Bezug auf die Hölle ist maßlos. Von der Idee her ist das Bündnis radikal. In dem Moment aber, als sie ihre Ideen auf die Straße getragen haben, sind sie extremistisch geworden. Nochmal: Linksextremismus ist sozusagen der in die Tat umgesetzte Linksradikalismus. Die Demonstranten haben sich ja ganz bewusst auf die Eskalation eingelassen.“

Michael Hanfeld: Die Polizei als Konfliktpartei?, FAZ, 09.07.2017.
http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/kommentar-die-polizei-als-konfliktpartei-15098802.html
„Eine Studie rät Journalisten, sich bei gewaltsamen Protesten stärker mit den Motiven auseinander zu setzen und die Polizei als „Konfliktpartei“ zu sehen. Eine fatale Gleichsetzung mit den Marodeuren. […]
Die Linkspartei, welche die Stimmung mit angeheizt hatte, distanzierte sich von den Ausschreitungen erst, als deren Ausmaß alle Befürchtungen übertroffen hatte. Überrollt wurde von der schieren Gewalt auch eine Studie des Berliner Instituts für Protest- und Bewegungsforschung, die von ihrem Zuschnitt her ebenfalls einer Verharmlosung von Gewalt zuarbeitet, sobald diese politisch „links“ konnotiert ist.
Die Studie, welche der Deutschlandfunk zum Auftakt des G-20-Gipfels ausführlich vorstellte, untersucht die Berichterstattung von elf Medien (darunter diese Zeitung) zu sieben Protestveranstaltungen im Zeitraum zwischen 2003 und 2015 – von Irak-Krieg bis zu TTIP. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der sachliche Grund für den Protest in den Medien in den Hintergrund rücke, sobald es zu Gewalt komme. Dem, so die Verfasser, sollten Journalisten entgegentreten, indem sie sich stärker mit den Motiven des Protests auseinandersetzten, selbst vor Ort seien und vor allem die Polizei als „Konfliktpartei“ in den Blick nähmen. Denn diese müsse „das Sicherheitskonzept gegen die Protestierenden durchsetzen“, sie mache „Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, eben das eigene Handeln zu legitimieren und den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. Das heißt, die Polizei ist Teil der Auseinandersetzung“.
Autonome wie Polizisten, sagte einer der Autoren der von der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall und der Bewegung Campact finanzierten Studie mit Blick auf den G-20-Gipfel in Hamburg, wollten „zeigen, wer in der Stadt das Sagen hat“. Die Gleichsetzung von „Autonomen“ und Polizei als „Konfliktparteien“ ist jedoch fatal. Sollte es nicht auch für eine „wissenschaftliche“ Betrachtung selbstverständlich sein, dass die Polizei zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung und zum Schutz der Bürger von vornherein „das Sagen hat“, Gewalttäter aber nicht? […]
Anstatt über die Polizei und die Presse zu lamentieren, sollten sich Protestforscher der Frage widmen, was Bewegungen, die in der Gesellschaft etwas bewirken und nicht Polizisten verletzen, Autos anzünden und Geschäfte plündern wollen, unternehmen können, um nicht mit dem „Schwarzen Block“ verrechnet zu werden. Sonst wird diese Verbrechergruppe den Kampf um die Aufmerksamkeit weiterhin gewinnen. Und das wird nicht an „Fehlern“ der Polizei oder der Presse liegen.“

Jörg Rößner: Umfrage zur Eskalation. Linke-Anhänger halten die G-20-Aufstände für legitim, Die Welt, 08.07.2017. https://www.welt.de/politik/deutschland/article166429487/Linke-Anhaenger-halten-die-G-20-Aufstaende-fuer-legitim.html
„Für 77,4 Prozent und damit mehr als drei Viertel der Teilnehmer sind die derzeitigen G-20-Aufstände keine legitime Formen des Protests. 55,9 Prozent entschieden sich sogar für die eindeutig ablehnende Option mit der Antwort „Nein, auf kein Fall“. Nur (in Summe) 15,3 Prozent der 5036 Abstimmenden sehen in den Protesten legitime Formen des Protests. […]
In der Anhängerschaft der FDP bewerten in Summe 90,5 Prozent die derzeitigen Proteste als illegitim,

69,9 Prozent von ihnen stimmten sogar für „Nein, auf keinen Fall“. Die Unionswähler lehnen diese G-20-Proteste zu 88,4 Prozent ab, davon 74,8 Prozent für die stark ablehnende Variante. Etwas überraschend ist die Tatsache, dass die AfD-Anhänger mit 85,2 Prozent Ablehnung (67,6 Prozent total) in dieser Rangliste erst auf dem dritten Platz folgen.
Immer noch ablehnend, aber mit geringerer Mehrheit, ist die Haltung von SPD- und Grünen-Anhängern auf die Frage: 66,3 Prozent der SPD-Wähler halten die Proteste in Hamburg für illegitim (20,9 Prozent entschieden sich für die eindeutige Variante), bei den Grünen-Wählern sind es 58,6 beziehungsweise 26,0 Prozent.
Nur unter den Linke-Anhängern gibt es eine – wenn auch knappe – Mehrheit, die die G-20-Proteste für legitim hält: Sie beträgt 51,6 Prozent. Für 33,6 der Linke-Sympathisanten sind die Proteste sogar „auf jeden Fall“ legitim, 35,7 Prozent von ihnen lehnen sie hingegen ab.
Die ablehnende Haltung ist keine Altersfrage, allerdings lässt sich feststellen, dass die Ablehnung mit zunehmendem Alter steigt“ […]
Bei diesem WELT-Trend lautete die Frage: „Halten Sie die derzeitigen G-20-Aufstände für legitime Formen des Protests?“ Das Meinungsforschungsinstitut Civey berücksichtigte für das repräsentative Ergebnis die Antworten von 5036 registrierten und verifizierten Teilnehmern vom 7. Juli bis zum 8. Juli 2017. Der statistische Fehler der Ergebnisse liegt bei 2,5 Prozent.“

Weil zu G20-Randale: "Niederlage für Rechtsstaat", NDR, 10.07.2017.
http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Weil-zu-G20-Randale-Niederlage-fuer-Rechtsstaat,gipfel2638.html
„Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) forderte gesellschaftlichen Widerstand gegen Randalierer wie in Hamburg. Es könne nicht akzeptiert werden, dass Gewaltexzesse in einer deutschen Großstadt über einige Tage anhalten, sagte Weil der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" am Sonntag. Polizeiliche Maßnahmen allein reichten nicht aus - vielmehr müsse sich die Gesellschaft längerfristig gegen Gewalt mobilisieren.“

Michael B. Berger: Ministerpräsident im Interview Weil: "Eine Niederlage für den Rechtsstaat", Hannoversche Allgemeinen Zeitung, 09.07.2017.
http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Ministerpraesident-Stephan-Weil-im-Interview-zu-G20-in-Hamburg
„Es kann nicht akzeptiert werden, dass Gewaltexzesse in einer deutschen Großstadt über einige Tage anhalten, ohne dass sie nachhaltig gestoppt werden können. Deshalb wird man jetzt im Nachgang sehr ruhig über vernünftige Konsequenzen aus diesen schlimmen Erfahrungen sprechen müssen. […]
Ich habe eine gewisse Erinnerung an die Chaostage in Hannover im August 1995. Meine Erinnerung ist, dass man solchen Phänomenen nicht allein begegnen kann durch polizeiliche Maßnahmen, sondern in einer solchen Lage auch die Stadtgesellschaft mobilisieren und sich auf dann auf einen längeren, in Hannover aber letztlich auch erfolgreichen Prozeß einlassen muss. […]
Das eine ist die Tatsache, dass es einen europaweit agierenden Mob gibt, der zu solchen Aktionen anreist und das zweite, dass es eine nicht nachvollziehbare Unterstützung der Gewalttätigkeiten über die Aktiven hinaus gab. […]
Es ist eine Niederlage für den Rechtsstaat, aber auch für die vielen gutwilligen Menschen, die mit guten Gründen gegen die aktuelle Weltpolitik demonstrieren wollten. Deren berechtigte Kritik ist in diesen Gewaltexzessen doch völlig untergegangen in den letzten Tagen. Ich halte es für notwendig, dass auch diese Menschen sich aktiv und hart dagegen wenden, dass Trittbrettfahrer ihre Belange missbrauchen, um private Gewaltphantasien auszuleben. Wo sich ein schwarzer Block bildet, muß es sofort entschiedenen Widerspruch geben.“

Christian Lindner fordert nach der G20-Gewalt: „Der Rechtsstaat darf rechtsfreie Räume nicht weiter tolerieren!“, Bild, 09.07.2017. http://www.bild.de/politik/inland/christian-lindner/der-rechtsstaat-darf-rechtsfreie-raeume-nicht-weiter-tolerieren-52493784.bild.html
„Rechtsextremismus wird geächtet – richtig. Der Linksextremismus wurde zu lange verharmlost. Unter Salonkommunisten gibt es Verständnis für die angeblichen Motive, die Welt besser zu machen.

Mit Vulgärkritik am Kapitalismus bereitet man Linksextremen den Boden.
Das „System“ ist nicht perfekt – aber was wäre die Alternative? Die Wahrheit ist: Der Sozialismus brachte nie Demokratie und Umweltschutz, sondern nur Armut und Unterdrückung. […]
Von den friedlich demonstrierenden Gipfelgegnern erwarten wir eine klare Distanzierung vom „Schwarzen Block“. Die Polizei verdient Respekt, wenn sie ihre Knochen für uns hinhält, statt von Grünen und Linken kritisiert zu werden.
Sprechen wir nicht mehr von „Autonomen“! Niemand macht seine eigenen Gesetze. In besetzten Gebäuden wie der „Roten Flora“ in Hamburg oder der Rigaer Straße in Berlin werden die Gewaltexzesse vorbereitet.
Wie lange wollen wir diese rechtsfreien Räume noch tolerieren? Der Rechtsstaat macht sich und uns alle angreifbar, wenn er sein Gewaltmonopol infrage stellen lässt.“

Wolfgang Kubicki: Linken-Politiker lieferten Argumentationshilfe für Gewaltexzesse. FDP-VizeKubicki klagt an, Focus, 10.07.2017. http://www.focus.de/politik/experten/kubicki/fdp-vize-kubicki-klagt-an-linken-politiker-lieferten-argumentationshilfe-fuer-gewaltexzesse_id_7340064.html
„Twitter und Facebook sind in der politischen Kommunikation eine ganz nützliche Sache. Dem interessierten politischen Beobachter wird über die sozialen Medien aus erster Hand, unmittelbar, schnell und direkt ein tiefer Einblick in das Seelenleben von politischen Protagonisten gewährt. […]
Im Zusammenhang mit den Krawallen rund um den G20-Gipfel konnte die internetnutzende Weltgemeinschaft so zu interessanten Erkenntnissen kommen. Denn manch eine der Mitteilungen ließ den Schluss zu, dass einige führende Parteipolitiker in Deutschland ein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat haben.
Die Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, zum Beispiel, ließ es sich nicht nehmen, im Vorfeld des Gipfels vor der Gefahr durch polizeiliche Willkür und Gewalt zu warnen. Sie schrieb also via Facebook: „Die Polizeiführung lässt ihre Hundertschaften mit schwerem Gerät durch die Straßen der Hansestadt marodieren und schikaniert Menschen, die es wagen, Bier zu trinken oder im Zelt zu schlafen. Die Eskalation geht eindeutig von den Behörden aus.“
Insbesondere der letzte Satz lässt aufhorchen. Wenn also die Eskalation eindeutig von den Behörden ausgeht, dann sind – denken wir dies weiter – alle anschließenden Aktionen im Rahmen des G20-Gipfels nur die legitime Abwehrreaktion auf staatliche Repression. Wer so argumentiert, schwingt sich zum Apologeten linker Gewalt auf.
Nicht auf Facebook, sondern ganz banal in den „Tagesthemen“ erklärte Kippings Parteigenosse, der Bundestagsabgeordnete Jan van Aken, am 5. Juli ernsthaft, die Demokratie sei in Gefahr, weil die Polizei in Hamburg die Macht an sich reiße und die Politik ersetze. Sein Eindruck sei, als ob die Polizei mit ihrem Auftreten versuche, diejenigen Bilder zu erzeugen, die sie seit Wochen an die Wand gemalt habe.
Wenn die Linksextremisten noch einen Anlass für ihre Gewaltexzesse gegen Polizisten, Autos oder Geschäfte gesucht haben sollten – die Linken präsentierten ihnen die Argumentationshilfe auf dem Silbertablett. Da ist es aus linker Sicht nur konsequent, dass der Schwarze Block als gerngesehener Teil ihrer – zugegebenermaßen friedlichen – Demonstration am Samstag mitlaufen durfte.
Interessant war außerdem zu beobachten, wie sehr sich die deutsche Sozialdemokratie darum bemühte, die Weste des politischen Terminus „Links“ im Zusammenhang mit den linksextremistischen G20-Krawallen weiß zu halten. Die griesgrämige Galionsfigur des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie, Ralf Stegner, twitterte sich über diesen Punkt so sehr in Rage, dass er ohne Punkt und Komma schrieb: „Gewalt ist nicht links sondern kriminell!“ […]
In einem Rechtsstaat darf nicht unterschieden werden zwischen der moralischen oder ideologischen Begründung von Straftaten. Das Anzünden von Autos, das Steinewerfen auf Polizisten oder blanker Vandalismus kann niemals eine triftige Begründung haben.
Und alle politischen Kräfte werden sich in den kommenden Tagen, Wochen und Monaten mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob sie genug getan haben, um dem Linksextremismus in Deutschland das Wasser abzugraben.“

Frank Lübberding: TV-Kritik „Maischberger“. Ohne Wolfgang Bosbach, FAZ, 13.07.2017.
http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tv-kritik/tv-kritik-maischberger-ohne-wolfgang-bosbach-15104008.html
http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/tv-kritik/sandra-maischberger-diskutiert-ueber-gewalt-bei-g-20-gipfel-15104008.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2
„Eklat bei Sandra Maischberger: Es geht um die Gewalt beim G-20-Gipfel, als der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach aus Empörung die Sendung verlässt. Das war falsch. Denn so verpasste er den politischen Bankrott der radikalen Linken. […]
Frau Ditfurth meinte nach dem Abgang von Bosbach, er solle sich nicht so „mimosenhaft“ anstellen. Damit hatte sie recht. Es gab wirklich keinen Grund zu gehen, außer wenn man sich den politischen Bankrott der radikalen Linken nicht mehr anhören wollte. Die frühere Grünen-Spitzenpolitikerin machte jenen Zynismus deutlich, der ihr heutiges Denken prägt. So kritisierte sie vehement den Polizeieinsatz in Hamburg, um aber gleichzeitig die Gewaltbereitschaft der Linksradikalen als ein legitimes politisches Mittel zu verteidigen.
Nur gab es in Hamburg keinen einzigen Versuch des Staates, den friedlichen Protest gegen diesen Gipfel zu verhindern. Das machte niemand anders als Jan van Aken deutlich. Der Bundestagsabgeordnete (Linke) hat die samstägliche Großdemonstration „mit sechsundsiebzigtausend Teilnehmern organisiert“, sagte van Aken mit erkennbaren Stolz auf den friedlichen Verlauf. Das hatte offensichtlich nur eine Voraussetzung: Die Bereitschaft der Demonstrationsteilnehmer zum friedlichen Protest. Von Schikanen oder Provokationen der Polizei hatte er nichts zu berichten. Wenn aber diese friedliche Demonstration möglich war, bleibt halt von den alten Klageliedern der Linksradikalen über „Polizeigewalt“ wenig übrig.
Sicherlich kann man trotzdem über die Polizeitaktik diskutieren, allerdings nur unter einer Voraussetzung. Wie geht eine Polizei im Rechtsstaat mit der in Hamburg erlebten Gewaltbereitschaft um? Van Aken erklärte sich dafür als unzuständig. Schließlich könnte er nichts dafür, wenn „ein Irrer die Scheiben einer Bank einschlägt.“
Nur haben wir es ja auch nicht mit der Pathologie irrer Einzeltäter zu tun, sondern mit politisch motivierter, organisierter Gewalt. Davon wollte van Aken nichts wissen, obwohl es außer ihm natürlich jeder weiß. […]
In gleicher Weise wusste Frau Ditfurth zu überzeugen. Sie kritisierte etwa das polizeiliche Handeln bei der „Welcome to hell“-Demonstration von Donnerstag. Das kann sie machen. Die Polizei ist für jeden klugen Ratschlag bestimmt dankbar. Nur wären von der „Polizeigewalt“ spontan radikalisierte Idealisten nicht in der Lage, so systematisch vorzugehen wie die Linksradikalen am nächsten Tag. Dabei war in der vor „Maischberger“ gezeigten ARD-Reportage über den G-20-Gipfel für jeden erkennbar, was in Hamburg passiert war. Für die Linksradikalen war Tarnung und Täuschung das zentrale Element ihrer „militant“ genannten Aktionen. So konnten sie in der Masse der unbeteiligten Demonstranten und Zuschauer verschwinden, um später wieder loszuschlagen. Sie benutzten damit deren Deckung für ihre kriminellen Handlungen. Es gibt in einer solchen Situation wohl nur eine sinnvolle Polizeitaktik: Die Aufforderung an die unbeteiligten Demonstranten und Zuschauer, sich zu entfernen. Das geschah übrigens auch, allerdings zumeist ohne größere Resonanz. […]
Und wollen die Linksradikalen wirklich, dass ein marodierender Mob die „Rote Flora“ überfällt, weil er das als „sinnvolle Gewalt“ definiert? Oder Rechtsradikale so das Anzünden leerstehender Asylunterkünfte legitimieren? Dabei handelt es sich übrigens um die gleichen Tatbestände namens Brandstiftung und Sachbeschädigung, die am Freitag Morgen unter anderem in der Hamburger Elbchaussee bei den brennenden Autos zu erleben waren.
Natürlich sind Linksradikale links. Es ist auch keineswegs verboten, solange man sich an die geltende Rechtsordnung hält. Das gilt allerdings in gleicher Weise für die Rechtsradikalen. Mit beiden muss man sich politisch auseinandersetzen. Insofern ist es fruchtlos, wenn Bundesfamilienministerin Katarina Barley (SPD) linksradikale Gewalttäter aus der Linken heraus definieren wollte. Es ist vor allem sinnlos, weil niemand die Sozialdemokratie so sehr hassen kann wie Linksradikale.“

Josef Nyary: Eklat bei Maischberger.Bosbach verlässt nach Zoff das Studio, Bild, 13.07.2017.
http://www.bild.de/politik/inland/talkshow/maischberger-eklat-bosbach-geht-52532502.bild.html

„Ditfurth ist schon den ganzen Abend als tieffliegende Debattendrohne mit Primitiv-Propaganda über die Polizei hergezogen. Als die Ex-Grüne dem Polizisten Lenders auch noch „freche Lügen“ vorwirft und die Talkmasterin immer noch nicht eingreift, hat Bosbach endgültig die Nase voll und steht auf. „Der war von Anfang an schon so“, sagt Ditfurth ihm höhnisch hinterher. Maischberger ist sauer: „Frau Ditfurth, jetzt muss ich noch eines tun, jetzt darf ich Sie bitten, die Sendung auch zu verlassen!“ Doch damit kommt die Talkmasterin nicht mal im Ansatz durch. „Nein“, sagt Ditfurth kaltlächelnd. „Warum soll ich gehen? Ich habe mit Herrn Bosbach nichts zu tun!“ […]
Was lief vorher ab? Wie kam es zu dem Streit? Bosbach liest den Bericht eines Polizeibeamten vor, der einen Einsatzzug beim G20-Gipfel führte: „Mich macht die postmortale Klugscheißerei der selbsternannten Polizeiexperten wütend!“
„Wir sind seit Tagen von Sofaexperten umgeben, die nie einen Polizeieinsatz geleitet hat“, sagt der Innenpolitiker dazu. Ditfurth setzt die Schmerzensmaske auf: „Ist schon mal mit dem Sturmgewehr auf Sie gezielt worden?“ […]
Es geht um Polizeitaktik, Vermummung, wohlberechnende Zerstörungswut und die fehlende Distanz linker Politiker zu den Gewalttätern vom Schwarzen Block. […]
„Eine wichtige Maßnahme wäre, dass es den flächendeckenden, parteiübergreifenden, gesellschaftlichen und politischen Konsens, den wir gegen jede Form von rechter Gewalt haben, auch haben gegen jede Form von linker Gewalt“, sagt Bosbach.
„Das sind kleine, fast militärisch organisierte Gruppen“, sagt „Stern“-Jörges, „die sich über ein Kennwort verständigen. Die sich die Schuhsohlen schwarz anmalen, damit man Spitzel an nicht angemalten Schuhsohlen erkennt. Die auf Kommando die schwarzen Klamotten ausziehen und in den Rucksack tun. Das Kommando lautet ‚bunt‘…“
„Die sind politisch, die sind links!“ sagt Jörges. Der „Linke“-Demo-Anmelder schüttelt den Kopf. Ditfurth wedelt sich mit einem rotschwarzen Fächer Kühlung zu. SPD-Barley sagt: „Wer wirklich links ist, der ist nicht für Gewalt!“
Bosbach fängt an, sich zu ärgern: „Dann war Joschka Fischer ein Rechter, als er auf Polizisten Steine geschmissen hat!“ […]
Das Zitat des Abends: „Es kann nicht sein, dass Randalierer darüber entscheiden, ob in Deutschland Veranstaltungen durchgeführt werden können oder nicht“, sagt Bosbach.“

http://www.daserste.de/unterhaltung/talk/maischberger/videos/gewalt-in-hamburg-warum-versagt-der-staat-video-102.html

Maischberger | Eklat: Bosbach verlässt Sendung, Youtube, 12.07.2017.
https://www.youtube.com/watch?v=-75s75wJZeo
https://twitter.com/search?q=%23Bosbach

CDU-Politiker verließ Maischberger-Sendung. Bosbach nach Talkshow-Eklat: "Ich hätte vielleicht noch früher gehen sollen", Focus, 13.07.2017. http://www.focus.de/politik/deutschland/cdu-politiker-verliess-maischberger-bosbach-nach-talkshow-eklat-ich-haette-noch-frueher-gehen-sollen_id_7350052.html
„Dass er die Debatte verlassen hat, bereute Bosbach auch im Nachhinein nicht. Im Anschluss an die Sendung sagte er FOCUS Online: „Es wäre vielleicht besser gewesen, noch früher zu gehen. Die permanente Mischung aus Dazwischenquatschen und Grimassenschneiden von Frau Ditfurth war eine echte Zumutung.“
Tatsächlich hatte Bosbach schon etwa 15 Minuten vor seinem Abgang angekündigt, die Sendung zu verlassen. Nur mit Mühe hatte Moderatorin Sandra Maischberger ihn zum Bleiben überreden können.
Als die Sozialwissenschaftlerin und ehemalige Grünenpolitikerin, die später die Ökologische Linke initiierte, dann behauptete, dass Demonstranten „Grundrechte weggenommen wurden, weil Leute schwarz gekleidet waren“, verließ der CDU-Politiker das Studio. Ditfurths Verhalten sei unerträglich, sagte der sichtbar aufgebrachte 65-Jährige.“

Dana Schülbe: Maischberger-Talk zu G20 eskaliert. "Es ist unerträglich, mit Ihnen in einer Runde zu sitzen", RP, 13. Juli 2017. http://www.rp-online.de/panorama/fernsehen/g20-talk-bei-maischberger-wolfgang-bosbach-unertraeglich-mit-ihnen-in-einer-runde-zu-sitzen-aid-1.6946066
„Maischberger hatte mit Ditfurth, van Aken und Lenders gleich drei Gäste eingeladen, die bei den Krawallen in Hamburg mit dabei waren und so ihre Sicht der Dinge aus der Erfahrung heraus schildern konnten. Während Lenders sagte, die Polizei habe vorbildlich reagiert, und die Krawalle hätten eine Qualität gehabt, die eine unbeschreibliche Brutalität mit sich gebracht habe, machte Ditfurth vor allem die Polizei für die Eskalation der Lage verantwortlich. Das sei die übelste Eskalation vonseiten Senat, Bundesregierung und Polizei gewesen, die sie je erlebt habe, man habe zusehen können, wie von Tag zu Tag Demütigungen, Schikanen und Prügel zugenommen hätten. Der schwarze Block sei zunächst diszipliniert gewesen, den Einsatzleiter dagegen nennt sie einen Choleriker. "Ich habe mich eigentlich gewundert, dass der Zorn bei einigen nicht schon früher explodiert ist."
Van Aken blieb angesichts der anderen Streithähne recht ruhig und forderte, nicht alle Demonstranten des schwarzen Blocks über einen Kamm zu scheren. Er widersprach Lenders, dass die Gewalt von den Camps ausgegangen sei. Er sei dort gewesen, und die Aktivisten dort seien friedlich gewesen. "Es muss doch möglich sein, sowohl die Krawallos als auch die Polizeiführung zu kritisieren", forderte er schließlich.
Barley betonte, man müsse die Dinge voneinander trennen und auch sehen, dass viele Menschen nach Hamburg gekommen waren, um friedlich zu demonstrieren. Ansonsten blieb die SPD-Politikerin recht blass.“

https://www.merkur.de/politik/g20-krawalle-cdu-politiker-wolfgang-bosbach-wuetend-ueber-chaoten-und-kriminelle-zr-8472282.html

Jasper von Altenbockum: Debatte nach G-20-Krawallen. Die Verirrung der Linken, FAZ, 12.07.2017. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nach-g-20-krawallen-linker-und-rechter-extremismus-15103529.html
„Was ist schlimmer – rechter oder linker Extremismus? Wer beides gegeneinander aufrechnet, verliert sich im Streit über Verharmlosung und Dramatisierung. Dabei verbindet beide Seiten die gleiche hässliche Fratze. […]
Wie viele Morde gehen auf das Konto des linken, wie viele Morde auf das des rechten Terrors? War die linke Gewalt im vergangenen Jahr nicht viel gefährlicher als die rechte? Gab es aber nicht mehr rechte Gewalttäter als linke? Wer hat die höheren Steigerungsraten? Stellt nicht die Mordserie des NSU ohnehin alles in den Schatten? Immer dann, wenn Verfassungsschutzberichte herauskommen, geht dieses abstoßende Pingpongspiel von neuem los – selbst von „abstoßend“ zu sprechen ist dann verdächtig, weil damit ja gesagt wird, dass man sich nicht auf eine der beiden Seiten schlagen will, also „relativiert“.
Die Kehrseite dieses Aufrechnens ist ein Streit über Verharmlosung oder Dramatisierung. Denn die Erbsenzählerei dient der Instrumentalisierung, gegen die man sich nur schwer zur Wehr setzen kann, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, man verkenne die Gefahr, die vom Rechts- oder vom Linksextremismus ausgeht. Besser also, man dramatisiert. Das ist in den vergangenen Jahrzehnten der Linken im Kampf gegen den Rechtsextremismus weit besser gelungen als den Rechten im Kampf gegen den Linksextremismus – sofern man von den „Rechten“ in Deutschland überhaupt noch reden kann, weil sie sich selbst schon gar nicht mehr so nennen wollen. Denn „rechts“ ist in diesem Kulturkampf längst zum Synonym für Rechtsradikalität geworden. […]
Auf die Spitze getrieben hat diese Betriebsblindheit die Thüringer Landesregierung – nicht von ungefähr unter Führung der Linkspartei. Sie ließ den Linksextremismus im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag quasi abschaffen; eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz, so die Regierungslinie, sei überflüssig. Im Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Koalition in Berlin taucht der Linksextremismus erst gar nicht auf. Auch die Extremismusbekämpfung der Bundesregierung hat diese Schlagseite. Weil sich die SPD im rot-rot-grünen Wählermilieu einschmeicheln wollte, wurde

der „Kampf gegen rechts“ so getrimmt, dass linke Extremisten, die daran teilnehmen wollen, sich nicht mehr als solche zu erkennen geben müssen. Der Hintergedanke: Es ist ausgeschlossen, dass jemand böse Absichten hegt, wenn er gegen „rechts“ kämpft. Oder in der Sprache der linken SPD, der Grünen und der Linkspartei: Linker Terror, linke Gewalt, linke Verbrechen sind ein Widerspruch in sich. Denn links ist gut. […]
Das Milieu dieser Sympathien für den Linksextremismus reicht mindestens so weit in die bürgerliche Mitte hinein wie das der Sympathien für rechtsradikale Parolen. Im einen Fall wird das aber als große Integrationsleistung gefeiert, im anderen Fall als „Extremismus der Mitte“. Wir werden es deshalb nicht erleben, dass Herbert Grönemeyer auf einem Konzert „Rock gegen links“ singen wird, wie sich das Heiko Maas in einem Augenblick erstaunlicher Farbenblindheit ausgemalt hat. Schon „Rock für die Mitte“ stünde unter Spießerverdacht. […]
Was die Extreme verbindet, ist die Anmaßung, im Namen einer absoluten Wahrheit gegen das „herrschende System“ und dessen „Elite“ vorzugehen. Das endet in Terror – gegen die „Bonzen“, die „Volksverräter“, die „Ausländer“ oder gegen die „Ungläubigen“.“

Peter Grimm: Umsteuern nach Maas, Sichtplatz, 10. Juli 2017. http://sichtplatz.de/?p=8702
„Heiko Maas möchte, wie man weiß, allzu verstörende oder gar falsche Mitteilungen im Netz gern schnell entfernen lassen. Grundrechte hin oder her, manchmal ist Freiheit einfach zu kompliziert, die Justiz sowieso, aber Private können doch einfach mal handeln. Nach diesem Motto ist das Netzwerkdurchsetzungsgesetz gestrickt. Und der Genosse Maas ließ in seinen Äußerungen, wie auch in seinem Buch, keinen Zweifel daran, wen er bei seinem Engagement gegen „fake news“ und „hate speech“ im Auge hat: Alles, was nach Maasschen Polit-Koordinaten rechts steht.
Nach Gewalttaten von Linksextremen oder Islamisten war der Minister hingegen vor allem darum besorgt, dass linke Organisationen und Islamverbände keine Rufschädigung erleiden. Die treibende Ideologie der Gewalttäter spielte nur bei Rechtsextremisten eine handlungsrelevante Rolle. Insofern überraschte diese Meldung:
Über die Täter, die in den vergangenen Tagen ganze Straßen der Hansestadt regelrecht verwüsteten, sagte Justizminister Maas im BILD-Talk: „Das sind asoziale Schwerstkriminelle.“ Es seien in Hamburg „schwere Straftaten begangen worden – bis hin zum versuchten Mord“.
Er wünschte sich, „dass das nicht ohne gesellschaftliche Reaktion bleibt. Wir sind viel zu oft die schweigende Mehrheit“, sagte der Justizminister. Vielleicht müsse „es auch ein ’Rock gegen Links’ geben“. […]
Ich freue mich über jedes zivilgesellschaftliche Signal, das klar macht: Extremismus – völlig egal, ob links oder rechts motiviert – darf bei uns keinen Platz haben. In welcher Form das jeweils geschieht, ist Sache derjenigen, die dazu die Initiative ergreifen. Das können natürlich auch kulturelle Veranstaltungen oder Konzerte sein.
Wenn marodierende Banden ganze Straßenzüge verwüsten, zeigt das eine neue Qualität von Brutalität. Das sind schwerstkriminelle Gewalttäter und Brandstifter.
Alles ist also doch nur allgemeiner Extremismus. Immerhin, links und rechts finden bei ihm plötzlich Platz in einem Atemzug. Die Islamisten bleiben davon noch verschont. Aber man kann ja nicht gleich alles wollen. Und wenn Heiko Maas mal „hate speech“ von links lesen möchte, dann sei ihm www.linksunten.indymedia.org empfohlen. Mal sehen, was die Betreiber sagen, wenn er mit Lösch-Wünschen zu ihnen kommt.“

Innenminister de Maiziere distanziert sich von Maas-Äußerungen zu G20-Gipfel:„Es wird in deutschen Städten auch weiterhin solche Treffen geben“, Bild, 10.07.2017.
http://www.bild.de/politik/inland/g20-gipfel/-wer-verantworter-g20-52494188.bild.html
„Für Bundesjustizminister Heiko Maas (50, SPD) ist nach den Krawallen klar: „In einer deutschen Großstadt wird es nie wieder einen solchen Gipfel geben.“ Das sagte er am Montagmorgen im BILD-Talk „Die richtigen Fragen“.
Doch damit erntet er Kritik!
► Bundesinnenminister Thomas de Maizière (63, CDU) widerspricht: „Ein G20-Treffen kann nur in einer großen Stadt stattfinden. Es wird auch weiterhin in deutschen Großstädten solche

Großveranstaltungen geben. Alles andere wäre eine rechtsstaatliche Kapitulation.“
Der Politiker weiter bei einer Pressekonferenz in Berlin: „Wir werden nicht zulassen, dass Gewalttäter darüber bestimmen, ob und wo Staats-Chefs sich treffen.“
►Ähnlicher Meinung ist auch Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (65, FDP): „Natürlich müssen sich die G20 jederzeit und überall treffen können. Es wäre ja wohl noch schöner, wenn linke Chaoten aus Hamburg dafür sorgen könnten, dass sich die Staatschefs künftig nur noch in New York bei der UNO treffen können,“ […]
Über die Täter, die in den vergangenen Tagen ganze Straßen der Hansestadt regelrecht verwüsteten, sagte Justizminister Mass im BILD-Talk: „Das sind asoziale Schwerstkriminelle.“ Es seien in Hamburg „schwere Straftaten begangen worden – bis hin zum versuchten Mord“.
Er wünschte sich, „dass das nicht ohne gesellschaftliche Reaktion bleibt. Wir sind viel zu oft die schweigende Mehrheit“, sagte der Justizminister. Vielleicht müsse „es auch ein ’Rock gegen Links’ geben“.“

Justizminister. G20-Krawalle – Heiko Maas denkt über "Rock gegen Links" nach, Berliner Morgenpost, 10.07.2017. https://www.morgenpost.de/politik/article211195591/Heiko-Maas-fordert-nach-G20-Krawallen-Rock-gegen-Links.html
„Auf die Frage der "Bild"-Zeitung "Also Sie wünschen sich ein ‚Rock gegen Links?'", antwortete der Minister: "Ja, ein 'Rock gegen links' oder was auch immer. Das werden diejenigen entscheiden müssen, die das dann auf die Beine stellen. Aber so etwas kann doch nicht ohne gesellschaftliche Reaktion bleiben."“

Sonja Thomaser: Shitstorm für Maas. „Bild“ legt Maas Forderung nach „Rock gegen links“ in den Mund, Frankfurter Rundschau, 10.07.2017. http://www.fr.de/kultur/netz-tv-kritik-medien/netz/shitstorm-fuer-maas-bild-legt-maas-forderung-nach-rock-gegen-links-in-den-mund-a-1311132
„Eine weitere Nachwehe der Auschreitungen bei G20 geistert durch die Medien: Heiko Maas fordert angeblich - in Anlehnung an die Veranstaltung „Rock gegen rechts“ - einen „Rock gegen links“. Nur hat er das nie gesagt. […]
Die Vertreter der „Bild“, Anna von Bayer und Nikolaus Blome, bringen die Idee und diese gezielte Forderung ins Spiel. Maas selbst benutzt niemals die Worte „Ich wünsche/fordere einen ‚Rock gegen links‘.“ Er war lediglich unvorsichtig genug, den Begriff aufzugreifen.
Hängen bleibt nun aber nur die Schlagzeile „Maas fordert ‚Rock gegen links‘“, die sich rasend schnell im Netz verbreitet. […]
Heiko Maas selbst hat noch keine Richtigstellung oder ein Statement dazu abgegeben. Allerdings hat er den Artikel von Bild.de, in dem sein Zitat verfälscht widergegeben wurde, auf Twitter geteilt.“

HuffPost Staff / lp / ks: "Rock gegen Links"? SPD-Justizminister Maas fordert Reaktion auf G-20-Gewaltprotest, Huffingtonpost, 10/07/2017. http://www.huffingtonpost.de/2017/07/10/spd-maas-rock-gegen-links_n_17449382.html
„Der Politologe Maximilian Pichl kommentierte ähnlich: "Heiko Maas wünscht sich in der BILD ein Rockkonzert gegen links. Wer da wohl auftreten wird? Stahlgewitter? Störkraft? Oidoxie?““

http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-krawallen-heiko-maas-bittet-eu-laender-um-fahndungshilfe-a-1157101.html

Suche nach G-20-Randalierern. Maas schreibt zweiseitigen Brief an alle EU-Partner, Die Welt, 11.07.2017. https://www.welt.de/politik/ausland/article166514536/Maas-schreibt-zweiseitigen-Brief-an-alle-EU-Partner.html
„Am Montag hatte die Bundesregierung Linksextremisten bundesweit den Kampf angesagt. „Die Ereignisse rund um den G-20-Gipfel müssen auch eine Zäsur für den Blick auf die Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene sein“, sagte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in Berlin. Künftig müsse man noch mehr mit heftigsten Gewaltausbrüchen von Linksextremisten rechnen. Die

Täter verglich er mit Neonazis und islamistischen Terroristen. „Es darf in den Städten unseres Landes keine tolerierten Rückzugsräume für Gewalttäter geben – das gilt in Hamburg, das gilt in Berlin, und das gilt überall anders auch.“ In Hamburg erwarte er harte Verurteilungen. „Auf Landfriedensbruch steht eine mehrjährige Haftstrafe.“
Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) versprach bei einem Besuch der CSU-Landesgruppe im fränkischen Kloster Banz, mehr Geld in die innere Sicherheit zu investieren. Es müsse die Ausrüstung der Polizisten verbessert werden und die Zahl der bei den Sicherheitsbehörden arbeitenden Menschen erhöht werden, sagte sie. […]
Bürger schickten Tausende Videos und Bilder an die Polizei, sagte Polizeipräsident Ralf Martin Meyer. Bilder von maskierten und unmaskierten mutmaßlichen Tätern gingen ein. „Es ist eine Flut von Informationen, die jetzt durchermittelt werden müssen.“ Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) kündigte im NDR an, aufgeklärt werden solle auch, wer Gewalttäter eingeladen, beherbergt und gedeckt habe.“

Katharina Schuler interviewt Hans-Christian Ströbele: "Das ist in Berlin längst Geschichte", Die Zeit, 10. Juli 2017. http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/hans-christian-stroebele-g20-linke-gewalt-polizei/komplettansicht
„Der Grünen-Politiker Ströbele gehörte selbst zu den G20-Demonstranten. Ein Gespräch über Protest, linke Gewalt und die Frage, was Hamburg von Berlin lernen kann. […]
Von einem zerstörten Stadtviertel, wie es jetzt manchmal heißt, konnte auch im Schanzenviertel keine Rede sein. Am Samstagnachmittag war die Stimmung auch hier gelöst und friedlich. Aber natürlich haben auch mich die Bilder der Krawalle, die ich im Fernsehen gesehen habe, entsetzt. […]
Ich habe während der Demonstration Berliner Polizisten gefragt, ob die Hamburger Polizei die Berliner Deeskalationsstrategie nicht gekannt hat oder nicht anwenden wollte. Als die Demonstrationen am Donnerstag begannen, haben die ja etwas gemacht, was in Berlin so nicht mehr möglich wäre: In einen großen Demonstrationszug mit solcher Brachialgewalt reingehen, mit Wasserwerfern und Stöcken, nur weil da ein paar Reihen Vermummte dabei sind. Das ist in Berlin längst Geschichte. […]
Das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstration war unverhältnismäßig. Von Anfang an jede Regelwidrigkeit oder kleine Straftat zu verfolgen, das schafft nur Aggressionen und trägt dazu bei, dass das Ganze außer Kontrolle gerät. Ich will nicht sagen, dass das, was in der Nacht zum Samstag geschah, mit einer anderen Polizeistrategie völlig hätte vermieden werden können. Die Straftaten scheinen ja auch vorbereitet gewesen zu sein. Sie müssen aber sehen, dass die unverhältnismäßig große Aggressivität der Polizei zu einer Solidarisierung der normalen Demonstranten mit den Gewalttätern führt, die dann wiederum dazu beiträgt, dass die Polizei nicht gegen die Krawallmacher vorgehen kann. […]
Da sind Leute dabei, die sagen, wir wollen uns keine Polizeigewalt gefallen lassen. Und es gibt Leute, die nicht mehr daran glauben, dass man gegen das G20-System mit Transparenten ankommt. Trotzdem schaden sie der notwendigen Kritik an der Politik der G20 mit ihrem Vorgehen, weil die Berichte über die Gewalttaten den friedlichen Protest von Zehntausenden dominieren. […]
Die Frage ist: Was ist Linksextremismus? Häufig trifft dieses Etikett Antifagruppen, die eine sehr informierte Politik machen gegen Rechte und rechte Gewalt. Ich mache oft die Erfahrung, dass diese Gruppierungen besser über rechte Gewalttäter informiert sind als die staatlichen Institutionen. Wenn diesen nun die Gelder gestrichen würden, weil sie angeblich linksextrem sind, fände ich das falsch. […]
Natürlich brauchen wir weiterhin Zentren, in denen alternatives Leben gedeiht. Man sollte Einrichtungen wie die Rote Flora nun nicht denunzieren, indem man so tut, als dienten die dazu, Gewalt zu organisieren. Da möchte ich erst mal Beweise dafür sehen, dass in der Roten Flora wirklich Straftaten vorbereitet wurden. […]
ZEIT ONLINE: Was kann der Staat ansonsten tun? CDU-Politiker wie Jens Spahn fordern, dass man von linken Initiativen, die finanziell unterstützt werden, Geld zurückverlangen könne, wenn die Initiativen sich nicht an demokratische Grundsätze halten. Ist das sinnvoll?

Ströbele: Das ist völliger Kappes. Sie müssten dann ja der Gruppierung nachweisen, dass sie absichtlich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstößt. Dass ein einzelnes Mitglied auf einer Demonstration eine Straftat begeht, würde nicht ausreichen, um Geld zurückzufordern."

Henryk M. Broder: „Die Chaoten haben einen fantastischen Job gemacht", Die Welt, 10.07.2017. https://www.welt.de/politik/video166480127/Die-Chaoten-haben-einen-fantastischen-Job-gemacht.html
„Der G-20-Gipfel hätte niemals in Hamburg stattfinden dürfen, sagt der Publizist Henryk M. Broder. Man könne nicht eine Million Menschen in Geiselhaft nehmen. Schuld an der Eskalation auf den Straßen seien alle, bis auf die Chaoten."

Ausschreitungen von Freitagnacht. Polizeivideo zeigt Krawallmacher auf den Dächern der Schanze, Stern, 09. Juli 2017. http://www.stern.de/politik/deutschland/g20-ausschreitungen--polizeivideo-zeigt-krawallmacher-auf-den-daechern-der-schanze-7531090.html
„Lange zögerte die Polizei in der Nacht zum Samstag mit ihrem Einsatz im Schanzenviertel. Begründung: Die Gefahr von den Dächern. Ein jetzt veröffentlichtes Polizeivideo zeigt, wie Personen die Einsatzkräfte von dort bewerfen. Und wie SEKs die Gebäude stürmen."

Martin Fischer, dpa: SEK-Einsatz auf den Schanzendächern "Sie haben sich sofort ergeben", Spiegel, 13.07.2017. http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-sek-einsatz-im-schanzenviertel-dann-herrschte-absolute-stille-a-1157522.html
„Die SEK-Einheit von Sven Mewes ging in der G20-Krawallnacht als erste gegen die Randalierer auf den Dächern vor - "sehr robust", wie er sagt. Im Interview berichtet der Beamte, was dann passierte. […]
Nachdem wir das erste Haus durchsucht hatten, war es mein Gefühl, dass absolute Stille im Schanzenviertel vorherrschte. Wir haben keine Steinwürfe mehr wahrnehmen können. Wir haben keine Randalierer mehr feststellen können. Die ganze Situation hat sich - auch in der Nachbetrachtung - mit unserem Einsatz äußerst beruhigt. Auf jeden Fall war die Dynamik der Straftäter absolut raus."

https://www.welt.de/politik/deutschland/live166211930/Erneuter-Wasserwerfer-und-Traenengas-Einsatz-vor-der-Roten-Flora.html

Jan Lindenau: Gewaltexzess. So erlebte ich die Nacht in der Hamburger Hölle, Die Welt, 07.07.2017. https://www.welt.de/politik/deutschland/article166385331/So-erlebte-ich-die-Nacht-in-der-Hamburger-Hoelle.html
„Ganz vorne: etwa 1000 Menschen in Sonnenbrille, Schal und Sturmhaube, vermummt. Dahinter: ein aufblasbarer, schwarzer Block mit der Aufschrift: „Lieber mili-tanz ich als G 20".
Die Anspannung im Vorfeld war groß: Welche Bilder würden Demonstranten und Polizei zulassen: Prügelnde Beamte mit Pfefferspray und Knüppeln, Steine werfende Extremisten – oder ein friedlicher Zug durch die Stadt. Linke Beobachter waren schon am Donnerstagmorgen skeptisch: Keine Auflagen für die Demonstration, das klang so, als ob die Polizei den Demonstrationszug gar nicht erst loslaufen lassen wollte. Eine Vorahnung, die sich bei „Welcome to Hell" nach 200 Metern bewahrheiten sollte. Gut eine Dreiviertelstunde verhandeln Anmelder, Demonstranten, Polizisten: Die Vermummung soll abgenommen werden – nicht zu machen. Dann wird versucht, diese Blöcke vom Rest zu trennen – ebenfalls erfolglos. Bis es knallt. Eine Flasche zerbricht, ein Böller explodiert mitten in der Menge. Die Beamten laufen los, mit Vollgas auf die Vermummten zu. Für die ist die Gasse eine Falle. Hinten stehen die Demonstranten, vorne die Polizisten. Links Gebäude, die Polizei hat sich auch hier positioniert.
Also klettern sie zu ihrer Rechten die rund zwei Meter hohe Mauer hoch, die auf die Uferpromenade führt. Vorher standen hier Zuschauer und andere Demonstranten, jetzt ziehen sich Vermummte in Schwarz gegenseitig in Sicherheit. Panik bricht aus, Reizgas liegt in der Luft, alle, die keine Gasmaske

dabeihaben, husten oder halten sich ihr T-Shirt vor die Nase.
Viele Vermummte ziehen sich auf den Fischmarkt zurück, wo kurz zuvor noch Volksfeststimmung herrschte und Couscous verteilt wurde. Jetzt stehen die Schwarzgekleideten am nördlichen Ende, leicht erhöht, in sicherer Entfernung. Die Polizei müsste einmal über den ganzen Platz rennen, um sie zu erreichen. Das traut sich eine Gruppe von Beamten zunächst nur zögerlich – immer größer wird der Abstand zu den Kollegen im Rücken.
Die Aktivisten brauchen nur wenige Sekunden, um die neue Lage, um ihren Vorteil zu erkennen – und zum Angriff überzugehen. Sie brüllen „Anticapitalista!“, immer wieder, erfüllen mit ihrem Kampfschrei den ganzen Fischmarkt. Die Parole mobilisiert: Noch mehr Vermummte kommen dazu, sie recken Holzstöcke Richtung Polizei, werfen Flaschen. Dann, als der Glashagel immer dichter wird, stürmen die Beamten nach vorn – auf die Demonstranten zu. Sie brüllen, schreien sich gegenseitig Mut zu. Während die Vorderen mit Schilden die geworfenen Flaschen abwehren, bringt der Rest Pfefferspray und Knüppel in Position. Die Vermummten flüchten, weichen seitlich aus, greifen zu den Glasflaschen, die in Plastikkisten am Rand des Fischmarkts bereitstehen. Vorhin, zu Beginn der friedlichen Demonstration, standen diese noch nicht hier. […]
Es ist Punkt 23.10 Uhr, als am Schulterblatt, vor der Roten Flora, einem autonomen Kulturzentrum, die ersten Mülltonnen brennen. „Jetzt kommen die Besoffenen“, sagt ein Mann, der das Treiben beobachtet. Einkaufswagen, Abfall, Pizzakartons landen auf dem Feuer. Ein Halbstarker springt auf eine Mülltonne, die er gerade ins Feuer geworfen hat, lässt sich von den Fotografen ablichten. „Hau ab! Mach dich nicht zu dem Symbol, dass du nicht bist“, ruft ihm eine Frau wütend zu. Er springt von der Mülltonne, zieht seine Vermummung runter. „Der war gut“, entgegnet er ihr sichtlich angetrunken.
Der Demonstrationszug steht nur einige Hundert Meter weiter entfernt, es geht nicht mehr weiter. Derweil füllt sich das Schulterblatt mit jungen Menschen, viele mit der Bierflasche in der Hand. Einige legen ihre Vermummung an, schieben einen Fahrradständer auf die Straße, um eine größere Barrikade zu errichten. Ein gutes Dutzend Polizisten steht am anderen Ende der Straße, die Randalierer spüren, dass sie kurzzeitig in der Überzahl sind, werfen mit Flaschen und Steinen. […]
Die ganze Nacht hindurch bleibt die Polizei im Einsatz: 111 Beamte seien verletzt worden, erklärt sie am Morgen, dazu seien 29 Menschen festgenommen und 15 in Gewahrsam genommen worden. Eine geringe Zahl angesichts der Ausschreitungen. Und so verwundert es nicht, dass die Krawallmacher unter den Protestierenden schon im Morgengrauen wieder aktiv werden können.“

https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/afxline/topthemen/article166324573/Welcome-to-Hell-Demo-gegen-G20-eskaliert.html

Ulrich Exner, Denis Fengler, Jan Lindenau: G-20-Eskalation. Die hohlen Erklärungen der Antifa, Die Welt, 08.07.2017. https://www.welt.de/politik/deutschland/article166435531/Die-hohlen-Erklaerungen-der-Antifa.html
„In der Mitte der im Schanzenviertel gelegenen Straße Schulterblatt zum Beispiel steht am Vormittag sichtbar erschüttert, aber immer aufrecht und geduldig Cord Wöhlke, der die Fragen der Journalisten beantwortet. Er ist der Seniorchef der Drogeriemarkt-Kette Budnikowsky, einer seit 103 Jahren im Familienbesitz befindlichen Hamburger Traditionsfirma, deren Schulterblatt-Filiale in der Nacht vor seinen Augen verwüstet und geplündert worden war.
Sein Sohn hatte ihn am Abend alarmiert, als Vermummte den verriegelten Laden aufbrachen. Wöhlke war daraufhin von einer Geburtstagsfeier ins Schanzenviertel gefahren. Er hatte keine Chance, den wütenden Mob zu stoppen und musste stattdessen zuschauen, wie dieser seine Waren kistenweise aus dem Laden schleppte, sie in ein auf der Straße loderndes Feuer warf und johlte, wenn wieder einmal eine Kiste mit Deospray in den Flammen explodierte.
Die Polizei stand zu diesem Zeitpunkt mit ihren Einsatzkräften zwar keine 500 Meter von dem Laden entfernt, aber sie griff nicht ein. Zu gefährlich erschien der Polizeiführung die Lage in dem Szeneviertel rings um das Kulturzentrum „Rote Flora“. […]
Die Polizei, das bestätigte später ein Beamter, habe um das Leben ihrer Leute gefürchtet und deshalb Sachbeschädigungen im Schanzenviertel als in der Abwägung kleineres Übel hingenommen. […]

Während teilweise hochprofessionell agierende Grüppchen von schwarz Vermummten Feuer legten, in Geschäfte einbrachen, Steine aus dem Asphalt der Straße Schulterblatt brachen, sie anschließend auf Polizisten warfen, die am Rande des Schanzenviertels zusammengezogen worden waren, feierten in den Nebenstraßen des Viertels Tausende vorwiegend junge Menschen; lachten, juxten, tranken, saßen im Freien zusammen, als wäre das alles hier einfach nur eine sehr, sehr laue Sommernacht. Dabei spielten sich gleich um die Ecke Szenen ab, die einem das Blut in den Adern gefrieren ließen. So versuchte eine dreiköpfige, schwarz vermummte Gruppe in das Geschäft eines Apple-Vertragshändlers in der Schanzenstraße einzudringen, in dem es die Verbundglasscheiben attackierte. Ein Passant, der das Treiben sah und die Täter im Vorbeigehen kurz kritisierte, wurde von den Angreifern umgehend zusammengeschlagen. […]
Eine Straßenecke weiter stürmte ein etwas größerer Trupp ebenfalls vollständig schwarz vermummter junger Männer auf einen gänzlich unscheinbaren Laden zu, auf dessen Schaufenster „Nazi raus“-Aufkleber kleben. Die Gruppe griff das geschlossene Geschäft gezielt an, warf große Steinbrocken in die Fenster, verschwand blitzschnell wieder in einem Hauseingang und hinterließ eine wenigstens für Momente irritierte Anwohnerschaft.
Die fasste sich dann aber schnell wieder und war sich bald ziemlich sicher, dass die Vermummten vermutlich „als Provokateure“ im Auftrag der Polizei unterwegs gewesen seien. Die „Schanze“, keine Frage, tat sich auch an diesem dramatischen Abend sehr schwer damit, ihr gefügtes Weltbild infrage zu stellen. […]
Einer mühte sich auch etwas ungelenk darum, in eine Spielhalle einzudringen. Doch bevor er eintreten kann, stellte sich ihm eine junge Frau in den Weg und blafft den Randalierer an: „Rewe könnt ihr ja plündern, das ist okay. Aber nicht hier, hier sind Menschen drin.“ […]
Zuvor war neben Budnikowsky wie „empfohlen“ auch der benachbarte Rewe-Supermarkt aufgebrochen worden. Drei Jugendliche bekamen vor lauter Neugier den Mund gar nicht richtig zu. Einer von ihnen ging auf einen der vermummten Plünderer zu und sprach ihn an: „Wieso macht ihr das – und wie kann man da mitmachen?“
Der Vermummte antwortete hastig, er wollte weiter in den aufgebrochenen Rewe-Markt. „Sucht im Internet nach unseren Seiten“, sagt er zu dem Jungen, „Interventionistische Linke. Antifa. Organisiert euch. Beim nächsten Mal seid ihr dann dabei.“ Die Jugendlichen hören aufgeregt zu, dann sagt einer stolz zu den anderen: „Wir sind jetzt schon dabei.“ […]
Eine kleine Szene in all dem Chaos, das an diesem Abend im Schanzenviertel herrschte, die die offiziellen Erklärungen der bei der Organisation der Anti-G-20-Demonstrationen hoch aktiven „Interventionistischen Linken“ hohl klingen lässt. Deren Sprecher Nico Berg erklärte am Morgen nach der Eskalation der Gewalt lapidar, dass die Aktionen des Bündnisses „Block G 20“ am Freitag um 18 Uhr beendet worden seien. „Die weiteren Geschehnisse der Nacht“ hätten mit seiner Gruppierung nichts zu tun gehabt.
Das globalisierungskritische Netzwerk Attac, das ebenfalls zu der Demonstration aufgerufen hatte, die in der Gewaltnacht mündete, hat sich von den gewaltsamen Protesten distanziert. […]
Zuvor hatten die Organisatoren der Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ eine eindeutige Distanzierung von den Gewaltexzessen zunächst vermieden. „Wenn wir uns distanzieren, nützt das keinem, und wenn wir uns nicht distanzieren nützt das auch keinem“, hatte Werner Rätz vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac gesagt.
Der mit Selbstkritik in der Regel ebenfalls sparsame „Rote Flora“-Sprecher rang sich zu einem Statement durch, das den Gewaltausbruch im Viertel halbwegs kritisch reflektierte: „Wir haben den Eindruck gehabt, dass hier eine Form von Militanz auf die Straße getragen wurde, die sich so ein bisschen an sich selbst berauscht hat – und das finden wir politisch und inhaltlich falsch“, so Blechschmidt im NDR. […]
Deutlicher wurden einzelne der Zehntausenden G-20-Kritiker, die sich am Samstag zu einer friedlichen Großdemonstration unter dem Motto „Grenzenlose Solidarität statt G 20“ zusammengefunden hatten. Sie hielten Schilder mit der Aufschrift „Schwarzer Block hau ab“ oder „Schwarzer Block, du vertrittst mich nicht“ hoch.“

Anti-G20-Bündnisse lehnen Verantwortung für Krawalle ab, Abendblatt, 09.07.17. http://www.abendblatt.de/hamburg/article211180303/Anti-G20-Buendnisse-lehnen-Verantwortung-fuer-Krawalle-ab.html
„Die Organisatoren der Hamburger Anti-G20-Proteste haben jede Verantwortung für die Krawalle während des Gipfeltreffens zurückgewiesen. "Den Schuh werden wir uns nicht anziehen als die Bündnisse, die einen zivilen Ungehorsam und Demonstrationen organisiert haben", sagte die Sprecherin der Demonstration "Grenzenlose Solidarität statt G20", Emily Laquer, am Sonntag. […] Das sei nicht Teil der Verabredungen für die Aktionen und Bündnisse gewesen, sagte Laquer, die zu der vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuften Interventionistischen Linken gehört."

Polizeibeamte liefern sich nach eigener Aussage ein 'Kreidebattle' mit Demoteilnehmern, Streetphoto Twitter, 8. Juli 2017. https://twitter.com/streetphotoSE/status/883701660589182976
„Jetzt schreibt mal jeder auf was er am anderen nicht mag."
https://twitter.com/streetphotoSE/status/883707744523612161

Razzia vor G20-Gipfel Polizei durchsucht Wohnungen Linksextremer in Eimsbüttel; Hamburger Mopo, 29.06.17. http://www.mopo.de/hamburg/g20/razzia-vor-g20-gipfel-polizei-durchsucht-wohnungen-linksextremer-in-eimsbuettel-27880862
„Wie die Polizei auf MOPO-Nachfrage bestätigte, ermittelten die Beamten in den betroffenen Wohnungen gegen die marxistische Gruppierung „Roter Aufbau Hamburg (RAH)". Einsatzorte waren neben Eimsbüttel auch Stellingen und Ottensen. Insgesamt wurden drei Objekte zwischen 7 und 11 Uhr vormittags gefilzt.
Die Ermittlungen stehen offenbar in Zusammenhang mit einem im Februar 2017 veröffentlichten Artikel einer Tageszeitung. Zwei unter Pseudonymen auftretenden Mitgliedern des RAH behaupten darin, die Brandstiftungen im Eingangsbereich der Messehallen am 26.11.2016 sei notwendig gewesen und rufen indirekt zu weiteren, ähnlich gelagerten Taten auf.
Die Innenbehörde stuft den „Roten Aufbau" als „gewaltorientierte, sich am totalitären kommunistischen Weltbild orientierende linksextremistische Gruppierung" ein. […]
Die Ermittler stellten unter anderem Akten und Datenträger sicher. Auch verbotene Pyrotechnik, drei Präzisionsschleudern, diverse Stahlkugeln und zwei Schlagstöcke wurden gefunden und beschlagnahmt. Weitere Infos wollte die Polizei aus ermittlungstaktischen Gründen nicht geben."

Anna Gröhn: G20-Newsblog: Schwere Krawalle im Schanzenviertel, Eimsbuetteler Nachrichten, 07.07.2017. https://www.eimsbuetteler-nachrichten.de/g20-gipfel-newsblog-hamburg-demonstration-krawalle-in-eimsbuettel/
Nach den Ausschreitungen zwischen Polizisten und Demonstranten bei der "Welcome to hell"-Demo, kam es in Hamburg vielerorts zu Krawallen. Auch in Eimsbüttel wurden Läden demoliert.

Fabian Hennig: Nach "Welcome to hell"-Demo. G20-Krawalle an der Osterstrasse: "Das ist einfach nur rohe Gewalt", Eimsbuetteler Nachrichten, 07.07.2017. https://www.eimsbuetteler-nachrichten.de/g20-proteste-schaufenster-osterstrasse-demoliert-eimsbuettel/
„In vielen Hamburger Stadtteilen kam es in der gestrigen Nacht zu massiven G20-Protesten und Ausschreitungen zwischen Polizisten und Demonstranten. Auch durch Eimsbüttel zogen Protestierende und Autonome: In der Osterstraße wurden etliche Schaufenster demoliert. […] Zwischen Heußweg und Schwenckestraße wurde fast jeder zweite Laden demoliert, darunter Banken (Hamburger Sparkasse, Deutsche Bank, Volksbank), größere Ladenketten (Fielmann, Buchhandlung Heymann) und auch kleinere Geschäfte (Maison de Paris, Flug und Ferienreisen Kruse)."

Anna Gröhn: G20-Krawalle in der Osterstraße. Eimsbüttel zeigt Haltung: Kreide malen gegen G20-Gewalt, Eimsbuetteler Nachrichten, 08.07.2017. https://www.eimsbuetteler-nachrichten.de/eimsbuettel-zeigt-haltung-kreide-malen-gegen-g20-gewalt-osterstrasse/

„In Eimsbüttel setzen die Anwohner ein Zeichen gegen den G20-Gipfel und die gewaltsamen Ausschreitungen in Hamburg: Sie malen mit bunter Kreide friedliche Sprüche auf die Straße – und zeigen Haltung.
Nach den heftigen Ausschreitungen im Schanzenviertel in der vergangenen Nacht und den Krawallen in Eimsbüttel am Freitagmorgen, haben die Anwohner Eimsbüttels eine kreative und gewaltfreie Form des Protests gefunden: Sie malen mit bunter Kreide kritische, ironische und friedliche Sprüche auf die Straße.“

wenn es denn bei diesem Joke geblieben wäre ….: junge Leute, denen man kein Gewalthandeln zutraut werdeben für Militanz – wissen sie, was sie mit heraufbeschwören?
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-gipfel-im-newsblog-brand-in-porsche-zentrum-polizei-prueft-g20-zusammenhang-a-1155713.html
„Der schwarze Block ist bereit - jedenfalls diese aufblasbare Variante am Hamburger Fischmarkt. Die Aufschrift "Lieber Militanz ich als G20" ist ein Verweis auf eine große Kundgebung gestern Abend. Die hatte als riesiger Rave stattgefunden unter dem Motto "Lieber tanz ich als G20". (Foto: SPIEGEL ONLINE)“
https://de-de.facebook.com/spiegelonline/videos/10155662572384869/
„Der schwarze Block ist da. Und er ist nicht ganz dicht...“

Newsblog http://mobile.scribblelive.com/Event/G-20-Gipfel_in_Hamburg/?Theme=13112
„7. Jul. 2017 15:59 Uhr Immer mehr Menschen ziehen die Kapuzen auf und vermummen sich. Vermummte reißen Steine aus dem Bordstein und zertrümmern sie zu vielen kleinen Teilen. Auch eine Linken-Flagge wird geschwenkt“

„Schwarzer Block“ Wer hinter den Krawallen in Hamburg steckt, Die Welt 10.07.2017.
https://www.welt.de/politik/video166440889/Wer-hinter-den-Krawallen-in-Hamburg-steckt.html
„Die Gewalt in Hamburg ging hauptsächlich von schwarz Vermummten aus. Extremisten verschiedener Gruppierungen: Die meisten sind gegen den Staat und Kapitalismus oder sind einfach Krawalltouristen.“

#BlackBlock https://twitter.com/hashtag/BlackBlock?src=hash

Dietmar Pieper: Schwarzer Block bei G20. Jede Gesellschaft hat die Rebellen, die sie verdient, Spiegel, 13.07.2017. http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/g20-gipfel-die-utopie-des-schwarzen-blocks-a-1157449.html
„Die Autonomen setzen radikal um, was heute hoch im Kurs steht: Selbstverwirklichung und Authentizität. Deshalb ist es zu kurz gedacht, sie bloß als verirrte Kriminelle abzutun.
Ein Gewaltakt kann neue Räume öffnen. "Vielleicht ist Freiheit nur der kurze Moment, wo der Pflasterstein in die Hand genommen wird, bis zum Zeitpunkt wo er auftrifft", heißt es in den "10 Thesen zur Autonomie", einem Pamphlet aus den Achtzigerjahren. In diesem Satz verdichtet sich so etwas wie die autonome Utopie: Der Einzelne ist in der Lage, radikal über sich selbst zu bestimmen.
[…]
Sicherlich haben die Autonomen weder ein geschlossenes Weltbild noch ein ausformuliertes politisches Programm. Viele von denen, die im schwarzen Block mitlaufen, reflektieren wohl kaum darüber, warum sie das tun. Trotzdem gibt es ein bestimmtes Lebensgefühl, in das ideologische Fragmente eingebettet sind. Ihre Gewalt ist nicht vollkommen wahllos. Sie richtet sich gegen Sachen, auch wenn es der Kleinwagen eines Pflegedienstes ist und kein luxuriöses SUV. Sie richtet sich gegen Polizisten als Vertreter des Staates, aber nicht, wie bei Rechtsextremisten und Neonazis, gegen Ausländer.
Dadurch sind die Autonomen anschlussfähig für erlebnishungrige junge Leute aus der bürgerlichen Mittelschicht. Sie bilden so etwas wie eine hedonistische Avantgarde. In ihren Handlungen und Heldengeschichten spiegeln sich die Wertvorstellungen einer Gesellschaft, die Selbstverwirklichung

und Authentizität ganz oben auf die Skala gesetzt hat. Was könnte authentischer sein als der körperliche Extremeinsatz gegen alle Regeln?
Insofern stimmt auch hier der Satz: Jede Gesellschaft hat die Rebellen, die sie verdient. Für die große Zahl der Gelegenheitsrandalierer ist diese Unbedingtheit allerdings kein Modell für den Alltag, sie ist nur im rauschhaften Überschwang eines großen Fests attraktiv. […]
Der Einzelne, der jederzeit über sich selbst bestimmt, der keinen aufgezwungenen Regeln unterliegt, schwebt schon durch die frühen Schriften von Marx und Engels. "In der kommunistischen Gesellschaft", heißt es in einer berühmt gewordenen Passage von 1846, werde es jedem Einzelnen möglich sein, "heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe"."

„Siegesmeldungen“ :
https://linksunten.indymedia.org/de/node/217741
„Mit vielfältigen Aktionen von Demonstrationen, über zivilen Ungehorsam und direkten Aktionen bis zur offenen Revolte setzten wir in den vergangenen Tagen ein starkes Zeichen gegen den verhassten G20-Gipfel und den Kapitalismus. […]
Wir bitten um Spenden für die Strukturen, insbesondere für den EA HH, die Demosanis und IMC linksunten. […]
IMC linksunten hat den Gipfel mit einer umfangreichen Berichterstattung begleitet: Artikel | Termine & Aufrufe | Presseartikel | Mitteilungen der Pressegruppe des G20 EA“

Peter Grimm: „Klirrende Grüße an die Genoss_innen“, Sichtplatz, 10. Juli 2017.
http://sichtplatz.de/?p=8698
„Sicher, in Form von nonverbaler Gewaltkommunikation waren sie unüberhörbar. Aber den Genossen gelingt auch eine verbale Bilanz und die wollen wir nicht ignorieren, denn der Kampf auf den Hamburger Straßen war schließlich ein Erfolg:
*Ziel des Protestes gegen den G20 war es, seine planmäßige Durchführung zu be- oder sogar zu verhindern, ihn empfindlich in seinem Ablauf zu stören oder wenigstens die Glitzershow mit ihren scheinheiligen „Familienfotos“ zu beschmutzen und den Teilnehmer*innen die ideologische Soße eines politisch substanziellen Kaffeeklatschs zu versalzen. Dieses Ziel haben wir erreicht.*
So steht es in der Presseerklärung des Bündnisses „Welcome to Hell“, deshalb sind Zweifel an diesem Sieg über das Kapital auch unangebracht.“

Martin Kaul: Linke und G20-Proteste. Auf Distanz, taz, 11. 7. 2017. http://www.taz.de/!5425802/
„Auch die Linkspartei, die zur offiziellen Abschluss-Pressekonferenz angeblich aus „organisatorischen Gründen“ keinen eigenen Vertreter entsandt hatte, äußerte sich am Montag: „Diese sinnentleerte Gewalt am Freitag hat mit Politik nichts zu tun“, sagte Jan van Aken, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei. Er hatte am Samstag die zentrale Abschlussdemonstration angemeldet. Vom militanten Bündnis „Welcome to Hell“ wollte sich van Aken dagegen nicht distanzieren. Die Polizei habe dessen Demonstranten am Donnerstag provoziert und zerschlagen.
Das „Welcome to Hell“-Bündnis selbst, ein Zusammenschluss radikaler und militanter Gruppen, sah die Proteste als Erfolg. Sein Fazit: „Zielgerichtete Militanz ist für uns eine Option und ein Mittel, um über eine rein symbolische Protestform hinauszukommen und direkt und wirksam in Ereignisse, Prozesse und Entwicklungen verändernd einzugreifen.“
Allerdings sind die Krawalle, bei denen am Freitag Barrikaden errichtet und Geschäfte geplündert worden waren, auch innerhalb der autonomen Szene umstritten. In der Erklärung der Militanten heißt es, sie seien in dieser Hinsicht „nicht zu einer gemeinsamen Einschätzung gekommen“.
Die Interventionistische Linke ist ein Bündnis von Gruppen, die sich als „postautonom“ verstehen und für zivilen Ungehorsam bekannt sind. Als ihre Sprecherin Emily Laquer zur Bewertung der Protesttage im Millerntorstadion des FC St. Pauli vor die Presse tritt, sagt sie: „Das, was wir am Freitag in Hamburg gesehen haben, sind nicht unsere Aktionen.“ Im Zweifel aber stehe ihr linksradikales Bündnis den Militanten näher als der Polizei.

Laquer hielt es nicht für nötig, die entgrenzte Gewalt, die sich auch gegen Menschen richtete, klar zu verurteilen: „Ich lasse mich da auch nicht in eine Ecke drängen.““

Kommentare

Peter Huth, Chefredakteur der Welt am Sonntag: Die Konsequenz einer Kuschelpolitik mit Linksextremen, Die Welt, 08.07.2017. https://www.welt.de/debatte/article166439955/Die-Konsequenz-einer-Kuschelpolitik-mit-Linksextremen.html

„Von Kommunalpolitikern subventioniert und verständnisvollen Richtern kaum gemaßregelt, ist eine neue Generation von Gewalttätern geboren. […]

Eine ideologisierte Kuschelpolitik tiefroter und steinzeitgrüner Kommunal- und Landespolitik hat ein Milieu geschaffen, in dem sich Straftäter hinter einem Popanz aus spinnertem Stadtindianer-Mief verschanzen, Anschläge planen und durchführen. Was in Hamburg geschieht, ist die Konsequenz einer Blindheit gegenüber Linksextremismus, den Manuela Schwesig von der SPD vor drei Jahren noch als „aufgebauschtes Problem“ beschrieb.

Und auch nach der zweiten Terrornacht bleiben die Reihen zwischen links und extrem genauso fest geschlossen wie die Augen. Eine Lehre müsse sein: „Speckt den Gipfel ab!“, verkündeten die drei grünen Hamburger Senatsmitglieder. […]

Wo ist die klare Distanzierung von den Gewalttätern? Wo die Demonstration der (mehrheitlich!) friedlichen Gipfelgegner gegen die ideologisierten Vandalen? […]

Es wird das Schlafpulver eines Sandmännchen-Märchens in die Öffentlichkeit geblasen, in dem die Terroristen als unpolitische Krawallkinder dargestellt und so aus dem gemütlichen linken Milieu verbannt werden sollen. Natürlich kommen – wie üblich – viele der Linksterroristen aus dem Ausland. Aber wer hat sie eingeladen? Wer den Aufruf zur „Welcome to Hell“-Demonstration liest (eigentlich reicht der Titel), in all seiner militanten Rhetorik, bemerkt, dass exakt das, was passiert ist, geplant und gewollt war. Sie haben den Prospekt geschrieben, der die Terror-Touristen angelockt hat wie ein goldener Strand den Pauschalurlauber aus Wanne-Eickel. […]

Es gibt in Deutschland rechten Terror, der von Anschlägen auf Flüchtlingsheime bis zur Mordserie des NSU reicht. Aber es gibt eben auch linken Terror. Dessen Spur ist deutlich einfacher zu verfolgen. Man muss es nur wollen.“

Dieter Sattler: Im Zweifel blind. Viele linke Politiker und Intellektuelle verharmlosen die Gewalt der Chaoten, Frankfurter Neue Presse, 10.07.2017. http://www.fnp.de/nachrichten/politik/Viele-linke-Politiker-und-Intellektuelle-verharmlosen-die-Gewalt-der-Chaoten;art673,2705363

„Bei friedlichen Demonstrationen würde die Polizei niemals eingreifen. Sie wird vom Schwarzen Block bewusst in bürgerkriegsähnliche Schlachten hineingezwungen. Deshalb ist es fahrlässig und dumm, den Rechtsstaat als Gewaltstaat zu denunzieren. […]

Bereits vor zwei Jahren hatte der hessische Linken-Politiker Ulrich Wilcken für Aufregung gesorgt, als er nach der Frankfurter Anarcho-Demo Verständnis „für die Wut und die Empörung der Demonstranten auf die EZB-Politik“ äußerte. Ähnliche Statements gab es auch diesmal aus der Linkspartei. Aber auch sogenannte Intellektuelle haben Verständnis für die Chaoten. So wie „Freitag“-Herausgeber Jakob Augstein, der im „Spiegel“ seine „Im Zweifel links“-Kolumne hat und ständig in Talkshows sitzt. Dieser einflussreiche Publizist also twitterte am Donnerstag vor dem G 20-Gipfel: „Der Preis muss so in die Höhe getrieben werden, dass niemand eine solche Konferenz ausrichten will. G 20 wie Olympia als Sache von Diktaturen.“ Nicht wenige verstanden das als Aufforderung zur Gewalt. Denn friedliche Demonstrationen wären ja wohl kein zu hoher Preis für G 20-Treffen. Als es dann mit den Demos losging, twitterte Augstein: „Werden jetzt kasernierte Polizisten, die sich schon tagelang gelangweilt haben, auf Demonstranten losgelassen?“ Wenn man es gut mit ihm meint, ist das eine ironische Anspielung auf die Schah-Demo vom 2. Juni 1967, als es hieß, die Polizisten seien extra heißgemacht worden, indem man sie vor dem Demo-Einsatz stundenlang im Mannschaftswagen brüten ließ. […]

Wir wollen jetzt nicht so weit gehen und wie zur Baader-Meinhof-Zeit von linken Ideologen als Wegbereitern von Gewalt und Terror sprechen, aber manchen würde es sicher gut zu Gesicht stehen,

mal zu überlegen, ob die Demokratie, die ihnen angeblich so am Herzen liegt, nicht nur gegen Rechts- sondern auch gegen Linksradikale zu verteidigen sei. Denn einen Staat, der von den Chaoten aus der Roten Zora regiert würde, kann doch keiner ernsthaft wollen, oder? Auch hier würde mit Andersdenkenden kurzer Prozess gemacht. Pol Pot und Kim Jong-un lassen grüßen.
Vielleicht sollte Jakob Augstein seine Kolumne umbenennen. Wie wäre es mit: Im Zweifel blind“

Simone Wagenhaus: G-20-Krawalle. Linksextremismus den Kampf ansagen, Frankfurter Neue Presse, 08.07.2017. http://www.fnp.de/nachrichten/meinung-der-redaktion/Kommentar-Linksextremismus-den-Kampf-ansagen;art743,2703483
„Straftaten linksradikaler Täter werden geleugnet, bagatellisiert oder mit Verweisen auf Polizeigewalt legitimiert. […]
Vor zweieinhalb Jahren sagten die Blockupy-Organisatoren: „Das ist nicht so, wie wir den Tag geplant haben. Aber man muss auch feststellen, dass offensichtlich das Bürgerkriegsszenario, was die Polizei da aufgemacht hat, (...) von vielen Leuten als Herausforderung und als Provokation begriffen worden ist.“ Damals wurden in der Innenstadt Polizeiautos in Brand gesetzt, Steine geworfen, Barrikaden errichtet und Gebäude beschädigt, 150 Beamte verletzt. Damals brannte Frankfurt. Heute brennt Hamburg. und die Organisatoren sagen das Gleiche.
Emily Laquer, Sprecherin der Interventionistischen Linken, hatte schon am Mittwochabend in der ZDF-Sendung „Dunja Hayali“ angekündigt, was der Stadt an der Alster bevorsteht: Schließlich sei die Polizei „auf Krawall gebürstet“ und habe schon jetzt „den Boden des Rechtsstaates“ verlassen. Die Regierungen seien für Ausschreitungen verantwortlich, schließlich gehe die Gewalt von ihnen aus, die letzten Endes zu Gegengewalt der linken Szene führe. Und gestern twitterte sie: „Die Eskalation ging eindeutig von der Polizei aus.“
Die Verantwortung für das eigene Tun liegt also bei anderen. Das Schlimme ist, dass linksradikale Gewalttäter damit durchkommen. Siehe Frankfurt: Nach den Blockupy-Ausschreitungen hatte die Justiz 675 Strafverfahren eingeleitet. Am Ende sind 645 ohne Ergebnis eingestellt worden –lediglich 30 wurden weiterverfolgt.“

Marc Kolbe: Gipfel-Randale: Die rote Linie überschritten, Frankfurter Neue Presse, 10.07.2017. http://www.fnp.de/nachrichten/meinung-der-redaktion/Kommentar-Die-rote-Linie-ueberschritten;art743,2705362
"Zwar ist der Protest gegen diese Politiker und eine zutiefst ungerechte Weltwirtschaft legitim und notwendig, aber die Randale des „Schwarzen Blocks“ während des G 20-Gipfels in Hamburg waren kriminell und sind durch nichts zu rechtfertigen. Aber haben die massiven Ausschreitungen von Hamburg wirklich überrascht? Nein, denn dieses Drama hat eine allseits bekannte Vorgeschichte. Schon beim G 8-Gipfel in Genua 2001 war es zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Staatsgewalt und Demonstranten gekommen. 2007, beim G 8-Gipfel in Heiligendamm, ging es weiter. Der „Schwarze Block“ zog auf, es kam zu heftiger Randale. Dasselbe Bild 2009 in London und Pittsburgh und 2010 in Toronto – stets bestimmten Straßenschlachten, brennende Autos und eingeschlagene Fensterscheiben das Bild.“

Hendrik Lünenborg, Programmchef: Scholz ist jetzt gefordert, NDR 90,3, 09.07.2017. http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Kommentar-Scholz-ist-jetzt-gefordert,gipfel2630.html
"Ganz Hamburg hasst die Polizei" schallte bei den Krawallen als Schlachtruf durch das brennende Schanzenviertel. Das ist die größte Lüge der vergangenen Tage. Richtig ist: Ganz Hamburg hasst sinnlose Gewalt. Ganz Hamburg hasst Krawalltouristen. Und diejenigen in Hamburg, die noch Verständnis äußern für linksautonomen Hass, die werden es künftig schwerer haben. […]
Dass Andreas Beuth, der Sprecher der Autonomen, Gewalt in der Schanze ablehnt, aber in anderen Stadtteilen ganz ok findet - das zählt zu den beeindruckendsten Dummheiten der vergangenen Tage. Aber zum Glück lassen sich die Bürger dieser Stadt selbst von so einem Schwachsinn nicht davon abhalten, sich mit den Bewohnern des Viertels zu solidarisieren. Tausende rücken mit Besen an - aus allen Teilen der Stadt - und räumen auf. […]
Stand in den Lageberichten der Polizei nicht schon seit Monaten, dass mit heftiger Gewalt, gerade

auch von ausländischen Autonomen gerechnet werden muss? Doch - stand da drin - wussten alle. Warum hat die Einsatzleitung eigentlich erst am Freitag neue Kräfte geordert?“

NDR, twitter, 8. Juli 2017. https://twitter.com/ndr/status/883635641917067264
„Warum nicht in Blankenese oder in Pöseldorf? Rote Flora-Anwalt-Andreas Beuth hat kein Verständnis für die Randale im eigenen Viertel.“

Christoph Heinemann: Autonomen-Anwalt Andreas Beuth - „Ich trage politische Mitverantwortung“, Cicero, 11. Juli 2017. http://cicero.de/innenpolitik/autonomenanwalt-andreas-beuth-ich-trage-politische-mitverantwortung
„Der Rechtsanwalt Andreas Beuth war einer der Chefplaner hinter den völlig eskalierten Protesten zum G20-Gipfel. Mit seinen Aussagen nach den schweren Krawallen am vergangenen Wochenende sorgte er bundesweit für Empörung. Im Interview sagt er, er sei falsch verstanden worden[…]
Wir repräsentieren die gemäßigten Autonomen in Europa und haben diese Menschen nicht eingeladen. Die Gruppen, die wir kontaktiert haben, sind keineswegs mit dem Vorsatz gekommen, hier zu Brandschatzen und schwere Gewalt zu verüben. Das lehnen wir generell ab.
Selbst wenn das stimmt: Sie hätten doch wissen müssen, dass ihrem Aufruf auch Gewalttäter folgen würden. Sie sprachen selbst noch Vorfeld von einem der größten Schwarzen Blöcke, die es je gegeben hat.
Ja, das ist richtig. Vielleicht haben wir das Gewaltpotenzial und die Reichweite unseres Aufrufs unterschätzt. Wir haben insbesondere am Freitag eine neue, abscheuliche Dimension der Gewalt dieser Menschen gesehen. Dafür trage ich eine politische Mitverantwortung. Alle Beteiligten müssen sich verantwortlich fühlen.
Aus der Verantwortung müssen Konsequenzen folgen. Was bedeutet das für Sie?
Soll ich als Sprecher der Autonomen zurücktreten? Das geht ja nicht. Wenn es eine ähnliche Lage wie das Großereignis des G20-Gipfels gibt, stehen wir in der Pflicht, alles zu unternehmen, dass sich solche Ereignisse nicht wiederholen. Insgesamt müssen wir die Geschehnisse am Wochenende sehr intensiv aufbereiten und Schlüsse ziehen.“

Ulf Poschardt: Exzess in Hamburg. Die neue faschistische Gewalt der Linken – und ihrer Freunde, Die Welt, 07.07.2017. https://www.welt.de/debatte/kommentare/article166394843/Die-neue-faschistische-Gewalt-der-Linken-und-ihrer-Freunde.html
„Nun mag man nicht ganz sicher sein, ob Menschen die heiter grinsend riesige rote Fahnen mit Hammer und Sichel als Banner vor sich hertragen, wirklich eine wertvolle Alternative sind zur aktuellen Weltordnung, vertreten durch die Staatschefs der G 20. Aber: Es ist ein Wesen unserer liberalen Demokratie, dass jeder seine – noch so bescheuerten – politischen Meinungen gerne laut und forsch in den öffentlichen Raum tragen kann. Friedlich. Zu Recht sind Meinungs- und Demonstrationsfreiheit Kern unserer Verfassung. Die Freiheit ist vor allem auch die Freiheit der Andersdenkenden. Darauf können wir stolz sein, gerade in Deutschland.
Die Demonstrationsfreiheit aber endet dort, wo sie umgedeutet werden will in einen Freifahrtschein für Vandalismus, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Nötigung, Sachbeschädigung etc. […]
Die sich selbst als revolutionäre Avantgarde missverstehenden Erlebnistouristen des sogenannten Schwarzen Blocks, in der Regel Bürgerkinder in ihren spätpubertären Trotzjahren, haben politisch nicht mehr anzubieten als eine archaische Akkumulation von Wut und ein Regime der Angst.
Ihr schwarzes Fitnesskostüm verrät, dass ihre Ästhetik von den Schwarzhemden Mussolinis inspiriert ist. Sie agieren wie Faschisten. Sie schüren Angst und Unsicherheit. Der Schwarze Block hat seit Donnerstagabend Hamburg in eine Bürgerkriegslandschaft verwandelt. Er fackelt die Kleinwagen von - sagen wir - Krankenschwestern, Kasserierinnen und Verdi-Betriebsräten ebenso lustvoll ab wie die Ikea-Zentrale in Altona. Auf den Videos ist zu sehen, wie beschwingt der Vandalismus vonstattengeht. […]
Die so schlecht bezahlten Polizisten, deren Job so wichtig ist für unsere Freiheit, müssen ausbaden, was an Laschheit über Jahre und Jahrzehnte im Umgang mit linker Gewalt aufgebaut worden ist:

Hausbesetzer mit Hausbesitzern zu verwechseln, Parks zu rechtsfreien Räumen verlottern zu lassen, im Zweifel den selbst ernannten Antifaschisten mit ihrer faschistischen Gewaltliebe sogar Förderung zukommen lassen. All das rächt sich jetzt. […]
Die SPD zieht wie immer verlässlich als eine tief vernünftige Volkspartei eine kerzengerade Linie zur Gewalt. Auch das ist herauszuheben. Der arme Olaf Scholz hat diese Zerstörung Hamburgs nicht verdient.
Es ist auch ein Klassenargument, das wirkt. Arbeiterkinder finden sich in diesem Bürgerkriegstheater eher aufseiten der Polizei als aufseiten der Demonstranten mit ihren teuren Northface-Jacken und den Turnschuhen aus dem Hipsterladen. Dass Multimillionärserben mit linkem Fanzine von ganz oben herab über die Polizisten richten, die im Zweifel für 2000 Euro netto ihren Kopf hinhalten, macht die kaputte Verlogenheit dieser vermeintlich linken Eventästhetik deutlich. […]
Die friedlichen Demonstranten müssen begreifen, dass sie sich nicht länger als demokratische Sättigungsbeilage der Krawall-Machos instrumentalisieren lassen. […]
Unsere offene Gesellschaft muss wehrhafter werden, gegen jede Relativierung des Gewaltmonopols und gegen jede Form viraler Rechtsfreiheit."

http://www.huffingtonpost.de/2017/07/07/g20-medien-krawalle-hambu_n_17424014.html

Mathias Müller von Blumencron: Chaos beim G-20-Gipfel. Die Sünden von Hamburg, FAZ, 08.07.2017. http://www.faz.net/aktuell/g-20-gipfel/chaos-beim-g-20-gipfel-die-suenden-von-hamburg-15097227.html?GEPC=s3
http://www.faz.net/aktuell/g-20-gipfel/chaos-beim-g-20-gipfel-die-suenden-von-hamburg-15097227.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2
„Selbst der größte Polizeieinsatz in der Geschichte Hamburgs kann die Bürger nicht vor Randale schützen. Wie hätte die verhindert werden können?
Ganz Hamburg hasst die Polizei" – es ist dieser Schlachtruf, den die Demonstranten an der Elbe wieder und wieder skandieren, vielfach verstärkt durch tausende Mitläufer und Zuschauer. Es ist aber auch genau dieser Schlachtruf, der die Hybris der Gewalttäter und Chaoten zeigt, die in der vergangenen Nacht wieder Stadtteile von Hamburg verwüstet haben. Wer aus seiner eigenen beschränkten Weltsicht plötzlich das große Ganze macht, leidet unter chronischem Größenwahn. Es gibt da allerhand Vorbilder in der Geschichte.
Genau diese selbstbezogene Überheblichkeit, diese grenzenlose Rücksichtslosigkeit gegenüber allem, was nur entfernt mit der eigenen Weltsicht kollidiert, hat in den vergangenen Tagen und in der Nacht auf Samstag hunderte Vermummte dazu gebracht, eine Orgie der Gewalt anzuzetteln, die selbst in der Krawall gewohnten Hansestadt ihresgleichen sucht. Auf schlimmste Art und Weise demonstriert hier eine Szene genau die Egomanie, die sie selbst an ihren Gegnern rügt, den vermeintlichen Raubtierkapitalisten. […]
Es traf wie immer die Sparkasse im Schulterblatt und den Rewe-Markt – ein Wunder, dass die Unternehmen an ihren Außenposten dort festhalten. Aber es traf vor allem die vielen kleinen Geschäfte, etwa das Flying Tiger, einen Laden für Bastelbedarf (!), der komplett zerstört wurde. Wie sich Plünderer im und vor dem Comspot-Laden in der Schanzenstraße um Handys, Hüllen und anderes Zubehör rangelten, eröffnet einen beschämenden Einblick in die Niederungen einer sogenannten politischen Bewegung. […]
Deutschland hat trotz der erstarkenden radikalen Rechten eine ausgeprägte linksextremistische Szene, die mit diesem Staat, der Gesellschaft und dem kapitalistischen System nichts anzufangen weiß. Die Anhänger träumen nach wie vor von einer revolutionären Umwälzung, die das Land in einen utopistischen Wunderstaat verwandeln soll. Sie hassen den Staat und seine Institutionen abgrundtief, versuchen ihn zu demütigen, wo sie können. Die Gefährlichkeit dieser Szene wird immer wieder heruntergespielt. Ihr den Rückhalt zu nehmen, ist ein langfristiges Projekt. Es bedeutet den oftmals frustrierenden Versuch der politischen Kommunikation mit einer Gruppe, die genau das mit den Etablierten ablehnt."

Sebastian Eder, Aziza Kasumov und Mathias Müller von Blumencron: Nach G-20-Gipfel. Krawalltouristen feiern eine Orgie der Gewalt, FAZ, 09.07.2017. http://www.faz.net/aktuell/g-20-gipfel/die-polizei-greift-nach-g-20-gipfel-in-hamburg-durch-15098131.html
„Vor der Roten Flora trieben sich da schon lange viele der Gestalten herum, die Hamburg seit Tagen terrorisieren. Die schwarzen Regenjacken, die sie sich überstülpen, sobald sie Steine werfen, hatten sie lässig um die Schultern gelegt – dabei erzählten sie sich ihre „Heldengeschichten" der Vortage. Hinter den Masken versteckten sich oft schmächtige Jugendliche, darunter junge Pärchen. Aber auch erfahrene Krawalltouristen aus ganz Europa mischten sich unter die Leute. […]
Die Randalierer sind sehr jung, oft gerade nicht mehr im Schüleralter. Ihr Verhalten ist der Pubertät nicht entwachsen: Sie rennen den Wasserwerfern entgegen, bauen sich breitbeinig vor ihnen auf, einer zieht die Hose herunter und zeigt der anfahrenden Polizei seine Genitalien. Und es sind erstaunlich viele junge Frauen darunter, mittendrin in der Zerstörungsorgie. Sie schleifen Müllcontainer auf die Straße und helfen beim Anzünden, sie zerren Fahrräder auf das Pflaster, gern auch die beliebten Stadträder, für die es mehrere Leihstationen im Viertel gibt. […]
Sie alle treibt die Wut auf die Polizei, die sie ihrer Meinung nach mal wieder völlig ungerechtfertigt am Feiern hindert. Und sie treibt die Wut auf den Staat und seine Politik, die sie als Agenda der schreienden Ungerechtigkeit wahrnehmen, gegen die nur die Totalopposition hilft. Was sein Ideal sei? „China vor 1976" antwortet ein Student am Straßenrand. Wirklich, dass China der mörderischen Kulturrevolution? „Die Zahlen, die uns über die Kulturrevolution vermittelt werden, sind falsch", argumentiert der Mann weiter in frappierender Ähnlichkeit zu seinen Gegnern auf der Rechten.
Die Zahlen der Opfer von Maos Politik etwa seien maßlos übertrieben. „Es gab allenfalls 20 Millionen Tote – und was ist das schon angesichts von damals 600 Millionen Chinesen." Zudem gebe es gerade auf dem Land in China noch große Sympathien mit Maos Politik. Das wichtigste sei, dass die Gesellschaftsform gestimmt habe. […]
Die Anwohner reagieren auf den Mob, sind zunehmend genervt. Aus ihren Fenstern rufen einige den Randalieren zu: „Aufhören, haut ab." Daraufhin schleudert eine junge Frau von der Straße aus eine Flasche auf das geöffnete Fenster. Randale duldet keine Vernunft."

Don Alphonso: Der Gipfel, der Linksextremismus, seine Helfer und ihre Ausreden, blogs.faz, 8. Juli 2017. http://blogs.faz.net/deus/2017/07/08/der-gipfel-der-linksextremismus-seine-helfer-und-ihre-ausreden-4431/
„Heftig kritisiert wurde Bayern nicht nur von der SZ, sondern von vielen mit Aktivisten konform gehenden Medien wegen der umfassenden Sicherheitsvorkehrungen: Elmau wurde eingezäunt. Der Raum für Protestcamps, für die sich Autonome angemeldet hatten, wurde in Garmisch bewusst klein gehalten. Vor Ort arbeiteten Richter und Staatsanwälte im Schichtbetrieb, um Ausschreitungen möglichst schnell Verfahren folgen zu lassen. Ein riesiges Polizeiaufgebot verwandelte das kleine Garmisch in eine Festung. Während in München eine Grossdemonstration störungsfrei die Ziele der G-7-Gegner artikulierte, sahen sich Aktivisten vor Ort einer Übermacht des Staates gegenüber, die ihnen die Räume eng machten.
Diese "bayerische Art" wurde in den Medien und im Internet beklagt, zeigte aber Wirkung: Garmisch ist viel zu klein, um jenen urbanen Strassenkampf zu entfesseln, den man in Genua erlebte. Die Bevölkerung hat keinerlei autonome Strukturen und Subkulturen, die es Randalierern erlauben würden, zwischen Zivilisten unterzutauchen. […]
Im Ergebnis blieben die befürchteten Krawallen völlig aus. Offensichtlich hatte sich der schwaerze Block zwar mit Garmisch beschäftigt und auch zur Mobilisierung aufgerufen, aber seine Mitglieder wurden erfolgreich abgeschreckt, und reisten erst gar nicht an. Die Demonstranten vor Ort durften eine Wanderung zum Zaun rund um Elmau veranstalten, die in der Pracht der bayerischen Bergwelt idyllische Bilder wie ein Klassenausflug lieferte. […]
Die Klagen linker Aktivisten bei Publikative und anderen Internetpublikationen, die gern mehr Protest gesehen hätten, und die Polizei mit Vorwürfen überschütteten, blieben letztlich eine Randnotiz, wie auch die Methoden der Süddeutschen Zeitung, die Kosten zu skandalisieren. […]
Mitarbeiter des Blogs "Störungsmelder" von Zeit Online verharmlosen in Person von Michael Bonvalot Einbruch und Plünderung und rechtfertigen in Person von Sören Kohlhuber politisch

motivierte Gewalt.
Der Störungsmelder wird unter anderem vom Justizministerium unter Heiko Maas persönlich gefördert und mitfinanziert. Maas liess sich zu seinem Engagement zitieren: „Wir müssen dafür sorgen, dass Hetzer und Brandstifter das gesellschaftliche Klima nicht vergiften“. […]
Es gibt Versuche in den Medien, die Verbrechen zu verstehen, und dabei wird bei n-tv auch der linksradikale “Ermittlungsausschuss” zitiert – eine Gruppierung innerhalb der Szene, die ihre Aufgabe darin sieht, den Staat und seine Organe für die Ausschreitungen verantwortlich zu machen. Ein Mitbesitzer des Spiegel Verlags und Kolumnist von Spiegel Online will, dass die Kosten für Gipfel in die Höhe getrieben werden, damit sie nicht mehr so leicht stattfinden können. […]
Die bislang bekannten Zahlen der Verhaftungen machen nicht den Eindruck, als sei es der Polizei gelungen, die Vielzahl der Verbrecher festzunehmen. SPD-Justizminister Heiko Maas, dessen Kollege Gabriel sich zusammen mit dem Parteivorsitzende Schulz vor dem Gipfel positiv über friedliche Demonstrationen geäußert hatte, gibt die rechtsstaatliche Plattitüde zu Protokoll, dass Straftäter vor Gericht gehören. […]
Die Grünen machen am 7. Juli noch die Polizei mitverantwortlich und schaffen erst am 8. Juli nach neuen Ausschreitungen eine klare Distanzierung. Katja Kipping von der Linken stellt Polizei und Kriminelle bei der Frage der Eskalation auf eins Stufe. […]
Die Medien würden ihre Arbeit schlecht machen, wenn sie nicht überzogene Kosten kritisierten, aber es ist ein enormer Unterschied, ob ein paar Dutzend Bagatellermittlungen wie in Elmau eingeleitet oder ganze Strassenzüge in Hamburg verwüstet werden. Es ist ein Unterschied, ob der Rechtsstaat seine Möglichkeiten präventiv nutzt, oder ganze Viertel unter Zwang und Gewalt aufgibt. Kritik gibt es an den Behörden immer, dem schwarzen Block und seinen Verstehern in den Medien wird immer zu viel durchgegriffen, die Polizei hat immer eskaliert, die Gewalt wird immer als unverhältnismäßig betrachtet, immer fühlt sich die Presse – oder was immer das bei solchen Veranstaltungen einen Ausweis vorzeigen kann – zu hart angefasst. […]
Der G-7-Gipfel zeigte das, was man gemeinhin als ein schönes Land bezeichnet, der G-20-Gipfel das, was man gemeinhin einen failed state nennt. […]
So sieht es aus in einem Land, in dem Heiko Maas den Kampf gegen Rechts mit dem NetzDG forciert.“

https://twitter.com/faz_donalphonso/status/884325277928652800

Peter Grimm: Bitte keine Fragen nach dem Schock, Sichtplatz, 8. Juli 2017.
http://sichtplatz.de/?p=8685
„Ein buchstäblich brandschatzender Mob beherrschte das Viertel in diesen Sommernächten. Fenster und Türen wurden eingeworfen und eingetreten, Brandsätze flogen und Feuer loderten. Fernsehteams filmten und die Zuschauer waren entsetzt, zu sehen, dass die Polizei nicht einmal mehr in der Lage war, für die Sicherheit von Leib und Leben der Mieter in den Häusern zu sorgen, vor deren Tür die extremistischen Gewalttäter und ihre Claqueure tobten. Der schlimmste Moment kam, als sich die Polizei zeitweise zurückzog und das Gebiet dem Mob preisgab. Dass es keine Toten gab, war in dieser Situation ein großes Glück.
Nach den Tagen des Gewaltexzesses wich das Entsetzen der Forderung, dass man das ideologische Fundament der extremistischen Gewalttäter nun viel stärker in den Blick nehmen müsse. Diese Extremisten sollten keine Chance mehr in Deutschland bekommen, da waren sich die Politiker aller Parlamentsparteien einig. […]
Sie ahnen es: Das ist eine alte Geschichte. Sie ist fast genau 25 Jahre alt und begab sich im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Damals griff bekanntlich ein rechtsextremer Mob einen Plattenbau-Block an, in dem u.a. Vietnamesen wohnten.
Sollte es nach den Bildern aus Hamburg, die landauf und landab viele Zuschauer schockierten, nun die gleiche Nachbereitung geben, mit der allgemeinen Entschlossenheit, dem Ungeist linksextremer Ideologien fürderhin konsequent entgegenzutreten? […]
Über die ideologischen Beißhemmungen in Politik und Medien gegenüber Linksextremisten ist ja schon viel geschrieben worden. Aber ist die auch nach den Bildern aus Hamburg weiterhin so

wirkmächtig? Haben sich die Deutschen inzwischen daran gewöhnt haben, bestimmte Fragen nicht mehr zu stellen? Die politischen Verantwortungsträger haben sich jedenfalls schon daran gewöhnt, dass ihnen diese Fragen nicht mehr gestellt werden und sie deshalb selbst auf die lascheste Sprechblase gegen den linksextremen Ungeist verzichten können. […]
Für seinen Genossen Ralf Stegner gilt eine solche Entschuldigung allerdings nicht. Er twitterte nicht nur bleibende Sätze wie "Randale hat mit Politik nichts zu tun", sondern vor allem rückte er sofort das ideologische Weltbild zurecht: „Gewalttäter von Hamburg werden möglicherweise zweifelhaftes Verdienst haben, Rechtsruck verursacht zu haben, der Köln in den Schatten stellt!"
Und natürlich hat linke Gewalt nichts mit linker Ideologie zu tun: „Auch wenn die Konservativen es versuchen: Vermummte Gewalttäter, Hooligans, Kriminelle, haben mit progressiver linker Politik nichts gemein!"
Dürfte man das in Bezug auf „rechte Politik" auch behaupten?"

Rainer Zitelmann: Grüne geben Polizei Mitschuld. Hamburg: Was wäre, wenn es „Rechte" wären?, Tichys Einblick, 7. Juli 2017. https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/hamburg-was-waere-wenn-es-rechte-waeren/
„Bei Linksextremisten spielt sich jedoch genau das ab: Verständnis wird geäußert, wenn eine „Demo" mit der Parole „Welcome to hell" angekündigt wird. Der Spiegel druckt die Plakate und Aufkleber ab und trägt zur Mobilisierung mit einem Brandartikel bei. Dann setzen die Linksextremisten genau das in die Tat um, was sie vorher angekündigt haben: 111 Polizisten werden verletzt. Autos von Bürgern werden „abgefackelt". Die Grünen und die Linken geben – wie immer – der Polizei die Schuld. „Leider hat das Vorgehen der Einsatzleitung der Hamburger Polizei zur Eskalation der ohnehin angespannten Lage erheblich beigetragen", so die innenpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Deutschen Bundestag, die der Polizei vorwirft, „einfach ungezielt ein Gemisch von Wasser und Reizgasen" einzusetzen. Das entspreche nicht dem „Weg einer modernen, deeskalierenden Einsatzstrategie der Polizei", so Irene Mihalic von den GRÜNEN."
http://www.theeuropean.de/rainer-zitelmann/12459-gruene-geben-polizei-mitschuld

Martin Kaul: G20-Krawalle in Hamburg. Der Aufstand, taz, 9. 7. 2017. http://www.taz.de/!5423733/
„Viele sagen, es sei nur sinnentleerte Gewalt, gut. Es ist ja niemand gezwungen, die Krawalle von Hamburg politisch zu deuten. Wer will, kann es trotzdem tun. Dies ist ein Deutungsvorschlag. […]
„Der kommende Aufstand" ist ein Text, der in Frankreich geschrieben wurde, in Deutschland, 128 Seiten lang, erschien er im Jahr 2010 im Hamburger Nautilus Verlag, der seinen Sitz in der Schützenstraße hat; etwa drei Kilometer entfernt von der Roten Flora, dem autonomen Zentrum Hamburgs. Im Internet ist die Flugschrift jedem frei zugänglich. Im Text heißt es unter anderem:
Ein Aufstand, wir können uns nicht mal mehr vorstellen, wo er beginnt. Sechzig Jahre der Befriedung, ausgesetzter historischer Umwälzungen, sechzig Jahre demokratischer Anästhesie und Verwaltung der Ereignisse haben in uns eine gewisse abrupte Wahrnehmung des Realen geschwächt, den parteilichen Sinn für den laufenden Krieg. Es ist die Wahrnehmung, die wir wiedererlangen müssen, um zu beginnen.
Als am frühen Freitagabend am Neuen Pferdemarkt in Hamburg – 400 Meter entfernt von der Roten Flora und 1.200 Meter entfernt vom Messezentrum, wo zuvor die Staatschefs tagten – die Straßenschlacht beginnt, manifestiert sich gewissermaßen auch ein Wahrnehmungsangebot: Hunderte Menschen, schwer vermummt in schwarzer Kleidung, beginnen, Pflastersteine aus den Bürgersteigen zu brechen. Sie hebeln mit abgebrochenen Straßenschildern Bodenplatten aus, zertrümmern sie in Kleinteile, deponieren sie in rollenden Mülltonnen, mit denen die Steindepots zu strategisch günstigen Stellen gebracht werden. […]
So wie der Sound des „kommenden Aufstands" – ein Buch, das sich förmlich einsaugen, wegatmen lässt – zum Pathetischsten gehört, was in den letzten Jahren aus der radikalen, antikapitalistischen Subkultur produziert wurde, so darf sicherlich auf der anderen Seite Beethovens Neunte als eine der pathetischsten Kompositionen der europäischen Hochkultur bezeichnet werden.
Erst durch dieses so verdichtete Bild lässt sich der absolute Antagonismus der militanten Szene

inszenieren. Mit dem G20-Gipfel und seinem kulturellen Abendprogramm zeigt sich in Hamburg so nicht nur der Kontrast zwischen Arm und Reich. Es zeigt sich auch der Kontrast zwischen einer europäischen Leitidee, für die Angela Merkel und Emmanuel Macron kämpfen – und den Protagonisten der radikalen Tat: Da sitzen der saudische Finanzminister, Trump, Putin, Erdoğan; da tobt der aufständische Mob auf der Straße, der die Krawalle zum sozialrevolutionären Projekt verklärt.
Es ist deshalb nicht nur ein Randdetail, dass im Hamburger Stadtbild am Wochenende immer wieder französischsprachige Graffiti auftauchen, die Macron den Kampf ansagen.
In einem der geplünderten Geschäfte im Schanzenviertel sprühen Militante in schwarzer Farbe an die Wand: „MALP ESKORBUTO“, das ist baskisch. Das erste Wort steht für „Muerte a la Policia“, „Tod der Polizei“. Das zweite ist der Name einer baskischen Punkband. Das Graffito ist eine Referenz an den baskischen Befreiungskampf.
Es beteiligen sich, auch das gehört zur Wahrheit, am Straßenkampf in Hamburg an diesem Wochenende viele, die nicht unmittelbar diesem inneren Kreis der europäischen Anarchistenszene zugehören. Hamburger Linksradikale, adrenalingeschwängerte Kids, Hooligans. Um sie herum: Schaulustige und Journalisten.
Sie sahen in Hamburg einen Exzess, der aussah wie sinnentleerte Gewalt. Hinter dieser Gewalt steckt eine Idee. Ob sie Sinn macht, darf bestritten werden.“

Martin Kaul im Gespräch mit Antje Allroggen: Journalisten beim G20-Gipfel. "Der hat mir einen auf die Zwölf gegeben", Deutschlandfunk, 10.07.2017. http://www.deutschlandfunk.de/journalisten-beim-g20-gipfel-der-hat-mir-einen-auf-die.2907.de.html?dram:article_id=390655
„"Mir hätte vielleicht noch klarer sein sollen, dass es vielleicht auch ein Risiko ist, da mit der Kamera unterwegs zu sein", meint Martin Kaul im Dlf. Für die taz berichtete er von den G20-Protesten und wurde körperlich angegriffen. Für ihn steht dennoch fest: Wegschauen wäre keine Option gewesen.
[…]
In der Nacht zu Samstag sei es im Schanzenviertel zu hektischen Situationen gekommen, so Kaul, bei denen er von einem Vermummten angegriffen worden sei: "Der hat mir einen auf die Zwölf gegeben, ich bin dann hingefallen, Brille kaputt, Brille weg, Uhr kaputt, ein paar Blessuren."“

Marvin Schade: „Objektivität ist ein unrealistisches Ideal der Philosophie“: taz-Reporter Kaul über seinen G20-Livestream“, Meedia, 07.07.2017. http://meedia.de/2017/07/07/objektivitaet-ist-ein-unrealistisches-ideal-der-philosophie-taz-reporter-kaul-ueber-seinen-g20-livestream/
„Martin Kaul, Redakteur für soziale Bewegungen, begleitet für die taz die G20-Demonstrationen auf Hamburgs Straßen – mit dabei. Bis zu 4.000 Zuschauer gleichzeitig. Denn erstmals berichtet der Journalist mit zahlreichen Livestreams. Gegenüber MEEDIA schildert Kaul seine Erfahrungen mit der der Smartphone-Livestream-App Periscope und zieht eine G20-Zwischenbilanz.“

http://www.taz.de/!5428050/

Christoph Schwennicke: SPD nach G20-Gipfel - Der rechtschaffene Prügelknabe, Cicero, 10. Juli 2017. http://cicero.de/innenpolitik/spd-nach-krawallen-in-hamburg-Der-rechtschaffene-Pruegelknabe
„Man würde gerne mehr wissen darüber. Weshalb es die Kanzlerin als Gastgeberin in die Hansestadt zog und weshalb Scholz diesem Ansinnen bereitwillig nachgab. Festzuhalten gilt es aber: Angela Merkel trägt als Initiatorin der Veranstaltung in mindestens dem gleichen Maß politische Verantwortung für das Debakel wie Olaf Scholz. Und es ist eine Groteske, wenn sich Kanzlermann Altmaier als gütiger Onkel geriert, anstatt den Teil der Verantwortung für das Kanzleramt zu übernehmen.“

[Weil nicht links sein darf, was allerdings linksextrem ist]
Rainer Zitelmann: Linke Gewalttäter: „Die unmögliche Tatsache“, The European, 10.07.2017.

http://www.theeuropean.de/rainer-zitelmann/12466-das-maerchen-von-unpolitischer-randale
„Es gehört zum Ritual, dass uns Politiker von SPD, Grünen und Linken so-wie linke Medien nach gewalttätigen Demonstrationen und Randale von linken Autonomen weiß machen wollen, die Täter seien „unpolitisch“ und auf keinen Fall links. […]
Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion „Die Linke“ im Deutschen Bundestag, sagte Sonntag in der ARD: „Ich will auch gar nicht von Linksterror sprechen. Das hat mit Links nichts, aber auch gar nichts zu tun. Links steht für Gerechtigkeit und Solidarität.“ Und SPD-Kanzlerkandidat Schulz stimmt ein: „Wer das links nennt, hat nicht kapiert, was links ist“, so konnte man ihn heute im ARD-Frühstücksfernsehen hören.
Auch in der Berliner Rigaer Straße kommt es regelmäßig zu Gewaltexzessen von linken Autonomen. Innensenator Geisel (SPD) verurteilte diese Übergriffe als “sinnlos, menschenverachtend und unpolitisch”.[…]
Warum legen linke Politiker und Medien so viel Wert darauf, zu erklären, dass die Randalierer „unpolitisch“ und jedenfalls nicht „links“ seien? Weil „links“ nun einmal „gut“ ist, und deshalb kann und darf es keine linken Gewalttäter geben. Wenn „links“ automatisch für Humanität, Menschenliebe, Fortschritt und ganz allgemein für alle guten und edlen Absichten steht, dann kann natürlich gewalttätige Randale niemals „links“ sein.
In der Logik gleicht dies dem, was Christian Morgenstern Palmström in seinem schönen Gedicht „Die unmögliche Tatsache“ folgern lässt:“

Fritz Goergen: Stegners Welt. Bürger! Freunde! Römer! Linke!, Tichys Einblick, 10. Juli 2017.
https://www.tichyseinblick.de/feuilleton/glosse/buerger-freunde-roemer-linke/
„Bürger! Freunde! Römer! Linke! So etwas wie im Hamburger Schanzenviertel kann doch die richtige Weltsicht nicht ins Wanken bringen. Wer gut ist und nicht, beantwortet die Zugehörigkeit zur richtigen Glaubensgemeinschaft. […]
Ralf Stegner macht sich seine Welt, wie sie ihm gefällt. Modelliert an ihr rum, als wär‘ er sich dann doch nicht ganz so sicher drum. Erst teilt er den Unaufgeklärten in der Volkshochschule Twitter mit:
https://www.tichyseinblick.de/wp-content/uploads/2017/07/FullSizeRender-4-1024x614.jpg
Der „Schwarze Block“, Interventionistische Linke, Antifa terrorisieren Hamburg für „die Rechte“? Hm? Da braucht’s Phantasie, und zwar echte.“

Filipp Piatov: Twitter-Krieg über G20Sind die Randalierer links?, Bild, 10.07.2017.
http://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/stegner-linke-g20-twitter-52502964.bild.html
„Kaum brannten in Hamburg die ersten Autos, waren die ersten Polizisten verletzt und Straßenzüge besetzt, begann im Netz die Debatte über die Motivation der Täter. Angesichts linksextremer Parolen und Ausschreitungen durch den traditionell linken „Schwarzen Block“ schien klar: Die Gewalt war eindeutig politisch motiviert.
Einigkeit? Weit gefehlt – nicht alle stimmten zu, dass die G20-Gewalt aus dem linksextremen Spektrum kommt. Besonders meinungsstark: SPD-Vizechef Ralf Stegner (57). […]
Spiegel-Journalist Hasnain Kazim (42) fühlte sich an die Islamismus-Debatte erinnert: „Jetzt reden die Linken („Das sind gar keine Linken!“) wie die Muslime („Das sind gar keine Muslime!“).““

Adrian Arab: Schlagabtausch unter Linken Gewaltexzesse lösen heftigen Kampf um Deutungshoheit aus, Die Welt, 10.07.2017.
https://www.welt.de/politik/deutschland/article166486942/Gewaltexzesse-loesen-heftigen-Kampf-um-Deutungshoheit-aus.html?wtmc=socialmedia.twitter.shared.web
„Symptomatisch für die Debatte unter Sozialdemokraten ist ein am vergangenen Samstag ausgetragener Schlagabtausch auf Twitter zwischen dem stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Ralf Stegner und Tom Schreiber, der für die Partei im Berliner Abgeordnetenhaus sitzt. […]
Eindeutig rechnet Schreiber Linksextremisten die Gewalttaten zu. […]
Dass die verschiedenen Standpunkte nicht entlang von Parteilinien verlaufen, machte kurz darauf der Linke-Politiker Harald Petzold deutlich. Petzold, der sich für seine Partei im Bundestag mit Medienpolitik beschäftigt, bezeichnete Schreiber, der als Extremismusexperte generell eine härter

Linie als die SPD-geführte Regierung der Hauptstadt vertritt, als „argumentativen Tiefflieger“ und bereitete so den Boden für eine Diskussion, die sich weniger im Politischen als im Persönlichen abspielte. […]
Auch in der Hamburger Linksjugend, dem parteinahen Jugendverband der Linken, ist die Sache alles andere als eindeutig. Seit Freitag gibt es dort einen Streit darüber, ob man sich von der Gewalt gegen Polizisten distanzieren dürfe - oder nicht. […]
Zudem machte die Organisation deutlich, dass man sich ausdrücklich dagegen entschieden habe, sich in „friedliche und gewaltbereite Proteste aufzuspalten“. […]
Dass die eine Hamburger Linksjugend sich von Gewalt distanzierten, kommentierten denn auch zahlreiche Nutzer kritisch. So wurde ihnen „geistiger Durchfall“ attestiert, wechselweise wurden sie auch als „Opportunisten“ oder „Klassenfeinde“ bezeichnet.“

Daniel Friedrich Sturm: „Es ist nicht links, Autos anzuzünden“, Die Welt, 10.07.2017.
https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article166474019/Es-ist-nicht-links-Autos-anzuzuenden.html
„SPD-Generalsekretär Heil ruft die Linkspartei auf, ihr Verhältnis zur Gewalt zu klären. Den Hamburger Bürgermeister nimmt er in Schutz […]
Mordbrenner und Chaoten sind aus ganz Europa nach Hamburg gereist, um dort Polizistinnen und Polizisten zu attackieren, brutal und hemmungslos Gewalt auszuüben. Unser Land muss sich gegen jeden gewalttätigen Extremismus stellen. […]
In Hamburg war ein Mob unterwegs. Es ist nicht links, Polizisten zu attackieren, Autos anzuzünden, kleine Ladenbesitzer zu schädigen. Niemand sollte versuchen, aus dieser elenden Gewalt nun parteipolitischen Nutzen ziehen zu wollen. […]
Wir haben eine klare Position zu Extremisten, ob sie von ganz links oder ganz rechts kommen oder islamistisch sind. Wer hier Anschläge auf die offene Gesellschaft verübt, muss mit der harten Hand des Rechtsstaates rechnen. Die Chaoten, die in Hamburg unterwegs waren, haben bar jeder politischen Logik gehandelt. Ihnen ging es nur um eines: nämlich Chaos und Gewalt anzustiften.
Haben Linke und Grüne ein geklärtes Verhältnis zum Gewaltmonopol des Staates?
Äußerungen einiger aus der Linkspartei lassen vermuten, dass es hier noch Klärungsbedarf gibt. Das muss jetzt die Linke für sich bewerten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie sich mit Mordbrennern gemein machen will.“

Maik Koltermann: Und die Linken wollen eine bessere Welt schaffen?, Hamburger MoPo, 09.07.17.
http://www.mopo.de/hamburg/g20/mopo-kommentar-und-die-linken-wollen-eine-bessere-welt-schaffen--27938130
„Da wird ein Stadtviertel in Schutt und Asche gelegt. Anwohner, die versuchen, das zu verändern, werden beschimpft und beiseitegestoßen. Pflastersteine regnen auf Polizisten. Und Autos werden abgefackelt. Einfach so. Mal hier, mal da. Ein Gewaltexzess, betrieben von schwarz gekleideten Hooligans mit Bock auf Adrenalin und Allmachtsgefühle.
Ist das links? Oder überhaupt politisch? Natürlich nicht.“

André Scheer, Georg Hoppe und Lina Leistenschneider: Provozierte Eskalation. Im Hamburger Schanzenviertel organisierte sich die Polizei Bilder, die sie sonst nicht bekommen hätte, Junge Welt, 10.07.2017. https://www.jungewelt.de/artikel/313935.provozierte-eskalation.html
„Zwei Nächte in Folge stürmten die Einsatzkräfte Straßen und Häuser in dem für sein alternatives und multikulturelles Ambiente bekannten und beliebten Stadtteil. Auslöser dafür war nach Darstellung der Polizei vom Freitag, dass »Störer« – in den Medien wurde das gleichgesetzt mit »militanten Autonomen« – in dem Viertel randaliert und Drogeriemärkte geplündert hätten. […]
Es war nicht auszuschließen, dass nach den tagelangen Übergriffen der Polizei auf die friedlichen Protestdemonstrationen gegen den G-20-Gipfel einige Leute die Nerven verlieren, um in ihrer Wut zu nützlichen Idioten der Staatsmacht zu werden. Auf die teilweise offen rechtswidrigen Polizeieinsätze gegen die Camps und gegen spontane Kundgebungen hatten die Aktivisten durchgehend besonnen

reagiert und damit das Konzept der Sicherheitskräfte durchkreuzt. Selbst die autonome Demonstration »Welcome to Hell« am Donnerstag lieferte den Boulevardmedien nicht die gewünschten Bilder – dafür aber Kommentare in Medien wie Deutschlandfunk und NDR, dass die Polizei die Gewalt provoziert habe. […]
Am Neuen Pferdemarkt ging die Polizei am späteren Abend dann wieder mit Wasserwerfern gegen dort vollkommen gewaltfrei versammelte Menschen vor. Selbst die Hamburger Morgenpost empörte sich über das Vorgehen der Polizei gegen friedlich auf der Straße sitzende Jugendliche. Viele wurden in die Straße Schulterblatt getrieben und saßen damit in der Falle. Denn auf der entgegensetzten Seite, an der Altonaer Straße, versperrten Polizeiketten, Wasserwerfer und ein Räumpanzer den Fluchtweg.
Im Gespräch mit junge Welt zeigten sich Opfer des Polizeieinsatzes entsetzt. Ein englischsprachiger Tourist war fassungslos: »Die Menschen haben einfach nur auf der Straße gesessen und getrunken, da war nichts!« Ein anderer Mann, der sich eine Verletzung an der Hand zugezogen hatte, berichtete, dass er mit fünf Bekannten vor einer Gaststätte gesessen habe, als plötzlich und ohne jeden Anlass Polizisten die Straße gestürmt hätten. »Das war eine reine Provokation«, sagte er. Niemand dürfe sich wundern, wenn nach diesem Vorgehen die Lage in der Nacht endgültig eskaliert sei.“

[Unwort des Jahres: „G20-Opfer“? und nicht Opfer linksextremer Gewalt?]
https://twitter.com/tagesthemen/status/883798863542448128
Andreas Cichowicz: "Entschädigungen für G20-Opfer ..."
Andreas Scharnberg: HVV leistet unbürokratische Hilfe für G20-Opfer, Süderelbe, 9. Juli 2017. https://aus-suederelbe.de/wcf/index.php?article/407-hvv-leistet-unb%C3%BCrokratische-hilfe-f%C3%BCr-g20-opfer/
„aus den Reihen vermummter Chaoten“
Eva Quadbeck: Merkel sagt Opfern von Gipfel-Krawallen Hilfe zu, RP, 8. Juli 2017. http://www.rp-online.de/politik/deutschland/g20-angela-merkel-sagt-opfern-von-gipfel-krawallen-hilfe-zu-aid-1.6935737
„Den Opfern der Gipfel-Krawalle in Hamburg versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel Entschädigungen. "Die entfesselte Gewalt und die ungehemmte Brutalitäti verurteile ich aufs Schärfste", sagte die Kanzlerin bei ihrer Abschlusspressekonferenz in Hamburg. […]
Schließlich sollen Gefährder besser überwacht und der Radikalisierung durch soziale Medien mehr Prävention entgegengesetzt werden.“

http://www.n-tv.de/politik/Merkel-sagt-Opfern-der-G20-Krawalle-Hilfe-zu-article19926854.html

Josef Kraus: Leider nur Fake News. Die CDU zahlt die Kosten für G20 aus der Wahlkampfkasse, Tichys Einblick, 8. Juli 2017. https://www.tichyseinblick.de/feuilleton/glosse/die-cdu-zahlt-die-kosten-fuer-g20-aus-der-wahlkampfkasse/
„Weil der G20-Gipfel innenpolitisch vor allem Merkel und ihren Hofberichterstattern zugutekommt, zahlt die CDU die in Hamburg entstandenen Kosten aus der CDU-Wahlkampfkasse. Solche Wahlkampfkassen heißen im Parteijargon „Kriegskassen“. Jetzt kann sich dieser Name bewahrheiten, denn „Kriegskasse“ bekam mit dem G20-Gipfel einen sehr realen Hintergrund. […]
Sollten die 140 CDU-Millionen nicht reichen, kann ja die kuschelig gewordene CSU mithelfen, sie hat rund 37 Mio. auf der hohen Kante. Und damit die anderen Parteien nicht ungeschoren davonkommen, bezahlt die SPD aus ihrem 202-Mio-Euro-Vermögen allen Hamburger Geschäftsleuten erstens deren in doppelte Millionenhöhe gehenden Umsatzausfälle und zerschlagenen oder geplünderten Geschäfte. Und einen Sondermalus zahlt die SPD zweitens für ihre Küstenbarbie Manuela Schwesig, weil diese doch tatsächlich meinte, linke Gewalt werde aufgebauscht. Die Grünen kaufen allen aus der „grün“ wählenden Schickeria, deren Porsches abgefackelt wurden, neue. Die „Linke“ kommt für alle anderen Porsches und für alle sonstigen Autos auf, die ausgebrannt stehengeblieben. Immerhin hat sich „Links“-Frontfrau Katja Kipping auf die völlig falsche Seite geschlagen und die Schuld am Hamburger Chaos „marodierenden Polizisten“

zugeschrieben. Sollten die 29 Mio. Euro Vermögen der Linken nicht reichen, kann ja Jakob Augstein mit seinem Erbe aushelfen; er hatte ebenfalls die Polizei für den Horror verantwortlich gemacht; diese habe sich ja gelangweilt und nach „Auslauf“ verlangt.
Einen großen Vorteil hätte dieses Finanzierungsmischmodell: Der Steuerzahler wird um dreistellige Millionenbeträge entlastet.2

Birgit Gärtner: Hamburg: Eskalation bei "Welcome to hell"-Demo, Heise Telepolis, 06. Juli 2017. https://www.heise.de/tp/features/Hamburg-Eskalation-bei-Welcome-to-hell-Demo-3766711.html
„Montagabend wurden Sit-Ins im Schanzenviertel von der Polizei mittels Einsatz von Wasserwerfern beendet, danach blieb die Lage unerwartet völlig ruhig. Das Schauspielhaus und die St. Pauli Kirche öffneten schließlich ihre Türen und boten Schlafplätze an (Nachtaktive Ordnungsmacht). Das führte dazu, dass am Mittwoch mittels Schlafbörse die kleinsten Kammern, Schrebergärten und Rasenflächen vorm Haus für die angereisten G-20-Gegnerinnen und Gegner zur Verfügung gestellt wurden. Mehrere Kirchen taten es der St. Pauli Kirche gleich, und auch der FC ST. Pauli stellte Schlafplätze im Stadion zur Verfügung. Schlussendlich wurden sogar zwei Camps mit Schlafzelten offiziell erlaubt.“

Aziza Kasumov: „Sie werden uns nicht alle festnehmen können“, FAZ, 06.07.2017. http://www.faz.net/aktuell/g-20-gipfel/g-20-gipfel-2017-polizei-ist-auf-demonstranten-vorbereitet-15090975.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2
„„Die Rote Hilfe empfiehlt nicht generell, die Personalien zu verweigern, aber diskutiert, ob und wann das sinnvoll ist“, sagt Markus. Er ist für die Rote Hilfe in Mainz aktiv, an diesem Tag hat sich um ihn eine Gruppe von rund 15 Leuten zum „Aktionstraining für Fortgeschrittene“ gesammelt. Der Schwerpunkt, natürlich, ist G 20. Sie wollen über ihre persönlichen Grenzen bei den Demonstrationen in den kommenden Tagen sprechen, Organisatorisches klären und sich über das informieren, was in den Broschüren der Roten Hilfe zusammengefasst ist.
Markus will seinen vollen Namen nicht veröffentlicht sehen, nicht im Zusammenhang mit seiner Arbeit für die Rote Hilfe. Auch der Betreiber des Hauses, in dem an diesem Tag das „Aktionstraining“ stattfindet, möchte nicht genannt werden. Es herrscht große Vorsicht in der Szene – unter den Broschüren finden sich auch Flyer über Hausdurchsuchungen, Pfefferspray und „Anquatschversuche“ des Verfassungsschutzes, dessen Ziel es sei, „die linke Szene zu durchleuchten und letzten Endes zu zerschlagen“.“

Sebastian Leber: Demo am Donnerstag. "Wenn etwas brennen muss, soll es halt brennen", Tagesspiegel, 05.07.2017. http://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/demo-am-donnerstag-wer-gewinnt-die-letzte-schlacht/20020434-3.html
„Donnerstagabend in der Roten Flora, dem Zentrum der Hamburger Autonomen. Im größten Raum des Erdgeschosses sitzen 120 Menschen auf Stühlen und Bierbänken, ein Hund bellt. Die Teilnahmebedingungen der heutigen Vollversammlung sind auf einem Stück Pappe an der Wand nachzulesen: „keine Presse, keine Bullen“. In der Saalmitte steht ein kleiner Mann mit schwarzer Lederkappe. Er verspricht: „Wir nehmen uns die Stadt zurück.“ Der Mann heißt Andreas Beuth, ist 64, Anwalt und eine feste Größe in Hamburgs linker Szene. Für kommenden Donnerstag hat er eine Demonstration durch die Innenstadt angemeldet: „Welcome to Hell“. Willkommen in der Hölle. […]
Beuth sagt, die Polizei werde versuchen, die Teilnehmer schon auf ihrem Weg zur Demo abzupassen und sogenannte „gefährliche Gegenstände“ und Helme zu beschlagnahmen. Dem solle man sich entziehen, indem man zu mehreren anreist. „Je größer die Gruppen sind, desto schwieriger wird die Durchführung.“ […]
Höhepunkt soll die Großdemo am kommenden Samstag werden, zu der mehr als 100 000 Demonstranten erwartet werden. Initiatoren der Aktionen sind Linksradikale, aber auch Nichtregierungsorganisationen und kirchliche Gruppen. Es beteiligen sich Anarchisten, Kommunisten und Linksliberale, Sozialdemokraten und Grüne. […]
[…]

“Mittwochabend im ausverkauften Schauspielhaus, dem Traditionstheater am Hauptbahnhof. Kurz vor dem Gipfel wollen hier zwei Linke vor Publikum über die Möglichkeiten von Widerstand diskutieren. Der eine ist der bekannte Soziologe und Globalisierungskritiker Jean Ziegler, 81. Der andere ist Karl-Heinz Dellwo, 65, ehemaliges Mitglied der Rote Armee Fraktion, beteiligt an der Geiselnahme von Stockholm 1975, bei der zwei Menschen ermordet wurden. […]
Ziegler glaubt, der Sieg der Linken über den Kapitalismus stehe kurz bevor. Dellwo widerspricht. Hätten denn nicht schon die Überlebenden der blutig niedergeschlagenen Pariser Kommune gesagt, ihr Misserfolg sei nicht endgültig, der Sieg nah? Das war im Mai 1871! Und hätten nicht die Ton Steine Scherben 1972, also mehr als 100 Jahre danach, ebenfalls versprochen: „Die letzte Schlacht gewinnen wir“? Ja wann denn jetzt? […]
Auf der Vollversammlung in der Roten Flora diskutieren die Autonomen konkreter. Es geht um die Frage, wie sie in den nächsten Tagen ein Zeltlager durchsetzen können - damit die vielen Gipfelgegner aus dem Ausland eine Übernachtungsmöglichkeit haben. […]
Andreas Beuth, der Anwalt, schlägt eine Spontandemo vor. Es wird abgestimmt. Fast alle dafür, eine Gegenstimme. Jemand hat drei Transparente mitgebracht, kann losgehen.“

http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/G20-Liveblog-Nach-Krawallen-nun-Konferenz,liveticker542.html

https://www.tagesschau.de/inland/welcome-to-hell-demo-105.html

https://web.de/magazine/politik/g20-gipfel/g20-hamburg-demo-welcome-to-hell-eskaliert-proteste-freitag-32415560

https://de.search.yahoo.com/search?p=%22Welcome%20to%20Hell%22%20-Demo%20Hamburg&fr=fp-tts-911&fr2=ps

Claudia Sewig: Schanzenviertel Ladenbesitzer erpresst? Linksextreme sollen Schutzgeld fordern, Die Welt, 06.07.2017 https://www.welt.de/regionales/hamburg/article166349347/Ladenbesitzer-erpresst-Linksextreme-sollen-Schutzgeld-fordern.html
„Das „Entglasen“ hat Tradition bei Ausschreitungen in der Schanze. Die Filiale der Haspa an der Ecke zur Juliusstraße, die es in den vergangenen Jahren wie keinen anderen Laden getroffen hat, macht vorsichtshalber gar nicht erst auf. Sie hat ihre schweren Rollläden heruntergelassen. Doch in vielen anderen Schaufenstern sind die schwarz-orangefarbenen Plakate für die Demo zu sehen. Wurde dafür gezahlt? Und wenn ja, an wen? Äußern möchte sich dazu niemand.“

Und andernorts:
Dresden
https://linksunten.indymedia.org/de/node/217796
im schatten der nacht haben wir ein polizeirevier mit "blut" markiert.
deutsche polizist*innen haben zum g20-gipfel einmal mehr ihren blinden gehorsam und korpsgeist gezeigt. knüppel, faustschläge, tritte, reizstoffe, widerliche beleidigungen in die gesichter von jugendlichen, alten, umherstehenden, touristen, gipfelkritiker*innen und menschen jeglicher couleur. ihr habt uns blutig geschlagen, uns verletzt - nicht nur körperlich - obwohl wir friedlich waren, nicht im sogenannten "schwarzen block". ihr habt wie wilde unsere knochen traktiert und auf unserem vertrauen herumgetrampelt. eure schutzpanzer und unsere nackte haut. ihr habt uns eingesperrt, uns misshandelt. und all das für 20 einflussreiche menschen die ihr machtschauspiel abhielten. folgt ihr so blind euren vorgesetzten das ihr vergesst das wir auch menschen sind oder seid ihr einfach menschenfeinde?
für all das und viel mehr haben wir vor dem polizeirevier pieschen rote farbe im eingang hinterlassen. rot für das blut der opfer von staatlicher gewalt und für die flamme der revolution.
wir sehen uns auf der straße!

Salzburg
https://linksunten.indymedia.org/de/node/217793
„Während am Wochenende über 150.000 Personen in Hamburg gegen den G20 Gipfel demonstrierten, fanden auch dezentral einige Aktionen statt.
In Salzburg wurde am 08.07.2017 aus gegebenem Anlass gegen Repression und Polizeigewalt demonstriert. Die Demo unter dem Motto „Scheiß Kiwarei (dt.Bullen)“ ging mit ca 50 Menschen vom Bahnhof bis zum alten Markt.
Auf den mitgeführten Transpis stand neben „Scheiß Kiwarei“ „Fight G20! Vom Hinterland nach Hamburg!“ „Gegen den rassisitschen Normalzustand“ und „Autonome Antifa organisieren“ zu lesen. Noch am Bahnhof kam es zu Zwischenfällen.“

Durchreisende Linksextreme?
Feuer im Schlosshotel Groß Potrems, NDR, 10.07.2017.
http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Feuer-im-Schlosshotel-Gross-Potrems,brand5868.html
„In Groß Potrems bei Rostock ist in der Nacht zu Montag ein Feuer im Schlosshotel ausgebrochen. Das Gebäude ist offenbar unbewohnt - verletzt wurde niemand.“

China
Peter Grimm: Chinesen sehen nur schöne G20-Bilder, Sichtplatz, 10. Juli 2017.
http://sichtplatz.de/?p=8690
„Eigentlich könnte die Stimmung auch viel besser sein, wenn es diese ganzen unschönen Nachrichten nicht gäbe. Könnte man nicht all diese Meldungen vom linksextremen marodierenden Mob zu Fake-News erklären und löschen? Da gibt’s durchaus noch Lücken im Netzwerksdurchsetzungsgesetz. Da muss Heiko Maas noch mal ran, damit es auch in unseren Medien so schön aussieht:
Die chinesische Zensur ließ die Krawalle in Hamburg möglichst herunterspielen, die dominierenden Staatsmedien ignorierten das Thema völlig. Chinas internationaler Nachrichtensender CGTN schaffte es, lange Sondersendungen zum Gipfel zu bringen, ohne ein einziges brennendes Auto oder einen Vermummten zu zeigen.“

Finn Mayer-Kuckuk: Zensur Chinesen sehen nur schöne Bilder vom G20-Gipfel, Berliner Zeitung, 09.07.17. http://www.berliner-zeitung.de/politik/zensur-chinesen-sehen-nur-schoene-bilder-vom-g20-gipfel-27940664
„Die Hongkonger Mediengruppe Phoenix, die in Rotchina mit einem eigenen angepassten Nachrichtenangebot vertreten ist, brachte zwar eine Bilderstrecke von der Gewalt. Diese wurde aber im Laufe des Sonntag wieder aus dem Netz genommen.
Chinas Zensoren sind sehr vorsichtig, wenn es um Proteste in anderen Ländern geht. Die Videoclips könnten sich unter jungen Leuten im Netz verbreiten und sie auf falsche Gedanken bringen. In China gibt es ja ein erhebliches, aufgestautes Protestpotenzial.“

Maas **Internetkontrolle Propaganda Hassrede** (neudeutsch: hate speech)
Markus Reuter: Bundestag beschließt Netzwerkdurchsetzungsgesetz, Netzpolitik, 30.06.2017.
https://netzpolitik.org/2017/bundestag-beschliesst-netzwerkdurchsetzungsgesetz/
„Das „Facebook-Gesetz“ kommt: Nach Monaten der erbitterten politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung stimmt die große Koalition am letzten Sitzungstag der Legislaturperiode für ein Gesetz, das „Hate Speech“ bekämpfen soll, aber gleichzeitig auch die Meinungsfreiheit gefährden könnte. […]
Für ein Gesetz von solcher Tragweite war die Debatte doch recht müde und schlecht besucht.“

Peter Grimm: Grundrechte einschränken für alle, Sichtplatz, 29. Juni 2017.
http://sichtplatz.de/?p=8639
„Leider gibt es all das Getöse nur um die „Ehe für alle“, während der Deutsche Bundestag im Schatten dieser aufgesetzten Aufregung beinahe heimlich die Einschränkung der Grundrechte für alle beschließen kann. Denn das ist die Folge des sogenannten Netzwerksdurchsetzungsgesetzes, das soziale Netzwerke zur schnellen Löschung als rechtswidrig angezeigter Inhalte zwingen soll, bevor ein Gericht prüfen kann, ob tatsächlich Recht gebrochen oder nur das Grundrecht der Meinungsfreiheit in Anspruch genommen wurde. Es wird jetzt leicht werden, bei Facebook oder Twitter mit gezielter Denunziation für die Beseitigung missliebiger Botschaften oder Meinungsäußerungen zu sorgen. […]
An manchen Stellen wurde der Gesetzentwurf durch die Änderungen sogar verschärft, beispielsweise bei der Liste der Tatbestände, die zur Löschung verpflichten. Hendrik Wieduwilt hat in der FAZ dankenswerterweise auf diesen Umstand verwiesen“

Peter Mühlbauer: Maas will sich ins Programmieren einmischen, Telepolis Heise, 03. Juli 2017.
https://www.heise.de/tp/features/Maas-will-sich-ins-Programmieren-einmischen-3761301.html
„Drei Tage nach der Verabschiedung seines umstrittenen Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) durch den Bundestag wartet Bundesjustizminister Heiko Maas mit einem neuen Vorstoß auf: Auf der Konferenz "Digitales Leben -Vernetzt. Vermessen. Verkauft? #Werte #Algorithmen #IoT" forderte er einem vorab an die Medien durchgestochenen Redemanuskript nach ein neues "Antidiskriminierungsgesetz für Algorithmen gegen digitale Diskriminierung und für vorurteilsfreies Programmieren"", das es einer neuen "Digitalagentur" der Bundesregierung erlauben soll, sich in die Algorithmen von Google, Facebook und anderen Unternehmen einzumischen. […]
Äußerungen von SPD-Politikern wie Lars Klingbeil legen nahe, dass diese Regelung dafür sorgen soll, dass die Angebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender, die in einem gewissen Näheverhältnis zur Politik stehen, vor denen von Blogs und anderen privaten Anbietern aufgeführt werden. Sucht ein Nutzer dann beispielsweise etwas zur Ukraine, dann sieht er als erstes die Nachrichten der ARD-Tagesschau und der Heute-Nachrichten, während andere Angebote auf Plätzen verschwinden, auf denen sie kaum jemand mehr anklickt (vgl. "Must-be-Found"-Pflicht in Vorbereitung).
Auch diese "Must-be-Found"-Pflicht wird als Maßnahme gegen "Hate Speech" und "Fake News" präsentiert - den beiden eher unscharfen Begriffen, die auch als Rechtfertigung für das NetzDG dienten. Der Magdeburger FDP-Politiker Holger Franke verkündete am Wochenende auf Twitter öffentlich "Eine FDP in Regierungsverantwortung wird dieses NetzDG kassieren - versprochen". Der Wortlaut ("dieses") deutet dabei eher auf eine Änderung als auf eine Abschaffung hin - ebenso wie der des bayerischen FDP-Bundestagskandidaten Jimmy Schulz, der auf die Frage "Hat die FDP denn vor im Falle einer Regierungsbeteiligung dieses Gesetz zu verändern?" etwas vorsichtiger antwortete, das sei "der Plan".[…]
Zu den Algorithmen von Google und Facebook, die Maas jetzt regulieren will, forderte die Bundeskanzlerin beispielsweise bereits im Herbst Zugang.“

Alexander Wendt: Meinungsfreiheit: Maas fragt, Karl Kraus antwortet, Achse des Guten, 03.07.2017.
http://www.achgut.com/artikel/meinungsfreiheit_maas_fragt_karl_kraus_antwortet
„Wer das Recht darauf verliert, dass seine Meinung authentisch wiedergegeben wird, den hindert die Gemeinschaft der Hellen und Guten sogar wirksamer am Reden als wenn sie ihn gar nicht zu Wort kommen lassen würde. Den inzwischen prominentesten Fall stellt der Austausch des Berliner Historikers Jörg Baberowski gegen den Avatar des „rechten Professors“ und „Wutbürgers“ („Der Tagesspiegel“) Baberowski dar.
Seine Austauschfigur, wie sie von intellektuellen Größen wie Ruprecht Polenz, Andreas Fischer-Lescano, diversen Allgemeinen Studentenausschüssen, Trotzkisten und der Antifa vorgeführt wird, spricht ausschließlich sorgfältig aus dem Kontext gelöste und verdrehte Sätzen, die den Vorwurf des rechten, ja rechtsextremen Wissenschaftlers belegen sollen. Es gilt also die Regel: Sie können Ihre Meinung sagen. Aber wir schneiden sie für das Publikum so zurecht, dass sie mit den Ursprungssätzen nichts mehr zu tun hat.
Verglichen mit Jörg Baberowski bin ich in jeder Hinsicht ein kleiner Fisch. Aber kürzlich durfte ich

immerhin eine kleine Probe dieser Methode erfahren. Am 18. Mai las ich im schönen Saalfeld aus meinem neuen Hörbuch „Der grüne Blackout. Warum die Energiewende nicht funktionieren kann“. […]
Die Verdrehung, die Unterstellung, das mediale Inumlaufsetzen von Gerüchten (bei der Stasi hieß das „Zersetzung“), die Drohung mit Übergriffen, tatsächliche Übergriffe – das alles schafft ein neototalitäres Klima, in dem sich die einen unter erschwerten Bedingungen öffentlich äußern – aber viele gar nicht mehr. Weil sie nicht genügend Kraft haben. Und das, die Abschreckung, ist der Zweck der Übung. Obendrein wedelt Maas noch mit seinem frisch aus dem Bundestag gepressten Zensurgesetz, von dem er witzigerweise behauptet, es solle „Fake News“ bekämpfen. Merkwürdigerweise scheinen Leute wie Fischer-Lescano und Maas sich sicher zu sein, dass ihr eigenes politisches Lager auf Dauer von dieser Klimavergiftung verschont bleibt.“

Peter Grimm: Das Zensur-Versprechen wird gehalten, Sichtplatz, 24. Juni 2017. http://sichtplatz.de/?p=8627
„Man sollte sich nicht darauf verlassen, dass Politiker nicht einhalten, was sie versprechen. Bundesjustizminister Heiko Maas hatte schon vor Monaten versprochen, noch vor der Sommerpause werde ein Gesetz beschlossen, das zur schnellen Löschung von Netzinhalten, die als „hate speech“ und „fake news“ angezeigt wurden, verpflichtet. Ob überhaupt eine volksverhetzende oder beleidigende Äußerung vorliegt oder es sich um die Wahrnehmung des Rechts auf Meinungsfreiheit handelt, muss kein Gericht vorab klären. Meinungsfreiheit gilt – heutzutage sieht man sich genötigt, eine solche Selbstverständlichkeit wirklich eigens zu erwähnen – auch für geschmackliche Entgleisungen oder scharfe Schmähkritik. In einer freien Gesellschaft muss dies jeder aushalten, der sich in die öffentliche Debatte begibt.
Heiko Maas meinte das ernst, daran mochten wenige gezweifelt haben. Aber dass er ein solches Gesetz tatsächlich durchs Parlament bringen könne, glaubten nicht so viele Bürger.“

Moritz Breckner: Mit Maas gegen Meinungsfreiheit. Zensur bei Facebook und Twitter, Pro Medienmagazin, 06.07.2017 https://www.pro-medienmagazin.de/kommentar/2017/07/06/mit-maas-gegen-meinungsfreiheit/
„Dank des „Netzwerkdurchsetzungsgesetzes“ gegen „Hass“ im Internet werden künftig wohl noch mehr legale Meinungsäußerungen gelöscht. Union und SPD müssen notfalls zurückrudern. […]
Die Verabschiedung des „Netzwerkdurchsetzungsgesetzes“, auch bekannt als das nach dem Bundesjustizminister bekannte Maas-Gesetz. Es sieht vor, dass die Betreiber sozialer Netzwerke „offensichtlich strafbare Inhalte“ binnen 24 Stunden löschen müssen, bei weniger eindeutigen Äußerungen haben sie dazu eine Woche Zeit. Tun sie dies nicht, drohen Bußgelder bis zu 50 Millionen Euro – so will man in Berlin „Hass-Kommentaren“ Herr werden. […]
Der Geschäftsführer des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom), Bernhard Rohleder, befürchtet eine „Löschorgie“, die auch viele Inhalte betreffe, die nicht rechtswidrig seien. Der Streit um das Erdogan-Gedicht des Komikers Jan Böhmermann habe vor Augen geführt, wie schwierig es sei, einen Inhalt als Beleidigung oder Verleumdung einzuordnen. Der Journalist Harald Martenstein nennt den Gesetzesentwurf im Berliner Tagesspiegel sogar „Erdoganismus in Reinkultur“. Sogar der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hält das Gesetz für verfassungs- und europarechtswidrig.
Seit Monaten ist bereits zu beobachten, dass auf Facebook und Twitter nicht strafbare Inhalte zensiert werden. Prominente Opfer: Der islamkritische Autor Akif Pirinçci, der FDP-Politiker Tobias Huch, der pro-israelische Journalist Gerd Buurmann oder auch der Autor Kolja Bonke, der regelmäßig Polizeimeldungen mit süffisanten, aber nicht strafbaren Kommentaren veröffentlichte.“

Islamismus und Linksextremismus

Irfan Peci und Joseph Röhmel: Politisch und extrem gläubig. IS will Pakt mit linken Aktivisten, BR, 19.03.2017. http://www.br.de/nachrichten/linksextreme-is-terror-buendnis-100.html
„Dschihadisten wollen sich im Kampf gegen den Westen mit linken Aktivisten verbünden. Das

belegen unter anderem Dokumente der Terrormiliz IS, die BR24 vorliegen. Wo sind ideologische Gemeinsamkeiten? Ein Streifzug mit dem Dschihadisten-Aussteiger Irfan Peci. […]
Die Beispiele zeigen: Auch Rechts- und Linksextreme werden religiöse Extremisten. Allerdings führt eine extreme Vorprägung - in diesem Fall Links- bzw. Rechtsextremist - nicht automatisch in den Dschihad. Denn die klassische Radikalisierungsbiografie gibt es wohl kaum. Radikalisierung ist individuell. Kriminelle werden ebenso zu IS-Kämpfern wie auch jene in die Islamisten-Szene geraten, die nach einer Vaterfigur suchen. […]
Abu Musab Al-Suri, einst ein Weggefährte Osama Bin Ladens, ist unter anderem Verfasser von "Call to Global Islamic Resistance". In diesem 1.600-Seiten umfassenden Werk stützt er sich auf Mao, Che Guevara oder Fidel Castro. Er kopiert kommunistische Guerillamethoden und überträgt sie auf die dschihadistische Sache. […]
Der Westen gilt bei Linksextremen und Dschihadisten als Ursache allen Übels. Nach Vorstellung beider Seiten führt er Angriffskriege, beutet die restliche Welt gnadenlos aus und zieht daraus seinen Reichtum. Islamisten und Linksextreme sehen darin gleichermaßen eine Rechtfertigung, den westlichen Feind zu enteignen.
Die linksextremistische-terroristische Vereinigung RAF etwa überfiel Banken. Auch Dschihadisten raten zu solchen Aktionen. Im westlichen Wohlstand sehen sie das Ergebnis der Ausbeutung der islamischen Welt."

Hannes Heine, Dimitri Vachedin: Staatsschutz ermittelt gegen Schlägertruppe. Islamistische Moralwächter terrorisieren Berliner, Tagesspiegel, 04.07.2017.
http://m.tagesspiegel.de/berlin/staatsschutz-ermittelt-gegen-schlaegertruppe-islamistische-moralwaechter-terrorisieren-berliner/20018170.html?utm_referrer=http%3A%2F%2Fm.facebook.com
„Eine Gruppe von islamistischen Schlägern soll in Berlin lebende Tschetschenen, insbesondere Frauen und deren Kontakte wegen vermeintlichen Verstößen gegen ihre archaischen Moralvorstellungen bedroht und angegriffen haben. Einige Opfer sollen schwer verletzt worden sein. Nun ermittelt nach Informationen des Tagesspiegels der Staatsschutz des Landeskriminalamtes gegen Unbekannt wegen „Störung des Rechtsfriedens durch Androhung von Straftaten".
Auslöser ist ein Video, das dem Tagesspiegel vorliegt und seit Mai in der tschetschenischen Community kursiert. Es zeigt das Foto eines Mannes mit Sturmhaube, der mit einer Pistole in die Kamera zielt. Auf tschetschenisch sagt eine Stimme: „As-salamu alaykum, muslimische Brüder und Schwestern, ihr wisst es, ich weiß es, jeder weiß es." In Europa täten einige „tschetschenische Frauen – und Männer, die wie Frauen aussehen – unaussprechbare Dinge". Falls man die Gelegenheit dazu habe, „werden wir sie maßregeln". Etwa 80 Gleichgesinnte seien sie, „weitere wollen beitreten". […]
Aus Justizkreisen heißt es, straff organisierte, salafistische Tschetschenen seien in Berlin und Brandenburg zunehmend eine Gefahr. Es gebe viele Hinweise auf religiös motivierte Taten, aber auch auf Drogenhandel und Erpressung."

SED-Staaat: PLO und RAF
Hermann Wentker: DDR, PLO und RAF Eher gefördert als bekämpft, FAZ, 26.06.2017.
http://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/ddr-plo-und-raf-eher-gefoerdert-als-bekaempft-15067899.html
„Erich Honecker und Jassir Arafat schien eine feste Männerfreundschaft zu verbinden. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wird die These vertreten, dass die DDR, entgegen ihren öffentlichen Bekundungen, den palästinensischen Terrorismus unterstützt habe. […]
Matthias Bengtson-Krallert hat nun auf der Grundlage der deutschsprachigen Literatur, von Akten aus dem SED- und dem Stasi-Unterlagen-Archiv und von „Film- und Dokumentarfilmquellen" versucht, Licht ins Dunkel der Beziehungen des SED-Staates zur PLO und insbesondere zum palästinensischen Terrorismus zu bringen. […]
Eingehend befasst sich Bengtson-Krallert mit einzelnen Terroranschlägen – und mit den bekannten, nur am Rande zu seinem Thema gehörenden Beziehungen der DDR zu den RAF-Terroristen. Bei jedem dieser Terrorakte geht es ihm darum, mindestens eine Mitwisserschaft Ost-Berlins

nachzuweisen. Das gelingt auch meistens und ist in der Regel nicht völlig unbekannt. […]
Letztlich kommt der Autor zu dem zutreffenden, aber nicht überraschenden Ergebnis, „dass die DDR den Terrorismus eher förderte, als dass sie zu seiner Bekämpfung beitrug“. Eine der ganzen Komplexität des Beziehungsgeflechts von DDR, PLO und palästinensischen Terrorgruppen gerecht werdende Untersuchung hat er jedoch nicht geliefert.
Matthias Bengtson-Krallert: Die DDR und der internationale Terrorismus. Tectum Verlag, Marburg 2017. 412 S., 34,95 €.“

SED-Staaat: Grenztote
Reinhard Kübrich: Leiche am Bleilochstausee – So starben Menschen an der innerdeutschen Grenze, OTZ, 29.06.17. http://www.otz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Leiche-am-Bleilochstausee-So-starben-Menschen-an-der-innerdeutschen-Grenze-1897781933
„Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949 - 1989“ ist der Titel eines Buches, das jüngst in der Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße in Berlin vorgestellt wurde. Eine Projektgruppe des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin unter der Leitung von Professor Klaus Schroeder und Dr. Jochen Staadt haben in akribischer Arbeit die Lebensläufe und die Begleitumstände des Todes von 327 Personen recherchiert. […]
Knapp fünf Jahre lang haben die Forscher die einzelnen Fälle untersucht. Das sogenannte „Totenbuch II“ umfasst die Biografien von Bürgern aus dem ehemaligen Ost- und Westdeutschland, denen das DDR-Regime zum Verhängnis wurde. Berichtet wird auch über die Schicksale von Polizisten und Soldaten, die sich das Leben nahmen oder im Dienst erschossen wurden. […]
Kurt W. rannte in Richtung Grenze. Auf ihn wurde gezielt geschossen. Ein Projektil zerriss ihm die Beinschlagader. Er brach schreiend zusammen und blutete stark. Nach einer halben Stunde traf ein Sanitätsfahrzeug der Kompanie Schlegel ein und brachte ihn nach Ebersdorf ins Krankenhaus. Auf der Fahrt dorthin verblutete Kurt W. […]
Von 1961 an bis zum Sommer 1989 misslangen etwa 75 000 Fluchtversuche. 1989 hatten die Grenztruppen eine Personalstärke von 44 000 Mann.
Das Buch mit 684 Seiten ist bei der Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, erschienen und kostet 49,95 Euro. ISBN: 978-3-631-72594-8

Bundesstiftung Aufarbeitung: Aufarbeitung und Umgang mit der Vergangenheit. Eine Umfrage, vimeo, 15. Juni 2017. https://vimeo.com/221851315
„Was bringt uns die Beschäftigung mit der Vergangenheit? Wie wichtig ist es, sich noch heute mit der DDR-Vergangenheit zu beschäftigen? Kann durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte unsere Demokratie gestärkt werden?“

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
„Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute“
http://www.stiftung-hsh.de/paedagogik/linksextremismus-heute/

https://www.demokratie-leben.de/programmpartner/modellprojekte/modellprojekte-zur-radikalisierungspraevention/linke-militanz-in-geschichte-und-gegenwart-aufklaerung-gefaehrdeter-jugendlicher-ueber-linksextremismus-und-gewalt.html

https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1778385359082746&id=1574894952765122

http://www.demokratie-leben.de/praxis/programmfilme/programmvideo-der-gedenkstaette-berlin-hohenschoenhausen.html

http://www.jugendgewaltpraevention.de/content/pr%C3%A4ventive-seminarbeit-mit-jugendlichen-gegen-linksextremismus

http://www.reinhardt-journals.de/index.php/uj/article/view/2795
http://www.reinhardt-verlag.de/de/einzelheft/53219/Linksextremer_Gewalt_entgegenwirken//2795/abstract_de/

Pressespiegel-Archiv:
http://freiheitunddemokratie.xobor.de/f38-Linksextremismus-Newsletter-Hohenschoenhausen.html

Linksextrem motivierte Militanz-Ereignisse siehe auch:
http://bibliolinx.wikispaces.com/Offenes+Posting+-+Linksmotivierte+Militanz

Portal zum Thema Extremismus der Konrad-Adenauer-Stiftung:
http://www.kas.de/wf/de/21.129/

Wer Zusendungen nicht mehr wünscht, gebe bitte Bescheid.